

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT:	Editorial	Seite 210
	GI Aktuell	Seite 210
	Anwaltshaftung Verjährungsbeginn, § 51b BRAO / Fristversäumnis / Belehrungsbedürftigkeit / Beweislast (BGH, Urt. v. 9.12.1999 - IX ZR 129/99)	Seite 212
	Notarhaftung Satzungsänderung / Weisung: Rücknahme des Handelsregisterantrags / Anderweitige Ersatzmöglichkeit / Verdeckte Gewinnausschüttung (BGH, Urt. v. 18.11.1999 - IX ZR 402/97)	Seite 218
	Anwaltshaftung Arbeitsrecht / Kündigungsschutzklage / Personenbedingte Kündigung, Krankheit (OLG Frankfurt, Urt. v. 29.10.1998 - 1 U 127/97)	Seite 223
	Steuerberaterhonorar/Steuerberaterhaftung Verjährung, Buchführungshonorar / Fälligkeit / Verschmelzung, Unterkapitalisierung / Rechtsangelegenheit / Umbuchungen, Nachbesserungsrecht des StB (OLG Hamm, Urt. v. 11.12.1998 - 25 U 75/98)	Seite 225
	Treuhandkonto Steuerberater / Kontoinhaber / Aufklärungspflicht der Bank (LG Hanau, Urt. v. 11.12.1998 - 2 S 414/98)	Seite 227
	GI Hinweis: Entgeltfortzahlung	Seite 230
	Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis	Seite 230



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

der **Verjährungsbeginn** eines Regressanspruchs gegen den Anwalt wegen eines **Prozessfehlers** beschäftigt erneut den BGH. Auf die Rechtskraft der Gerichtsentcheidung kommt es nicht an. Bei der **Versäumung der Frist** zur Einlegung oder Begründung eines Rechtsmittels liegt es nahe, dass der Schaden und der Verjährungsbeginn mit der Fristversäumnis einsetzen. Ein Wiedereinsetzungsantrag ändert am Verjährungsbeginn nichts.

Interessant ist der Hinweis des BGH, dass auch ein **promovierter Jurist und Rechtsbeistand** über die Verjährungsfrist des § 51b BRAO **belehrungsbedürftig** ist und ihn bei dessen fehlender Kenntnis kein Mitverschulden trifft. Dem OLG, das die Sache zur Entscheidung erhält, hat er in Erinnerung gerufen, dass die **Kausalität zwischen Prozessfehler und Schaden** den erleichterten Beweisgrundsätzen des § 287 ZPO unterliegt, d.h. auch durch Anscheinsbeweis geführt werden kann.

In einem **Notarregress** hat der BGH den Vorwurf bestätigt, dieser habe den **Eintragungsantrag im Handelsregister ohne Weisung zurückgenommen** oder nach einer solchen Weisung des Geschäftsführers nicht über die damit verbundene Vermögensgefährdung belehrt. Geschäfte des einzigen Geschäftsführers mit sich selbst sollten nachträglich durch Satzungsänderung **und** Eintragung ins Handelsregister gestattet werden.

Das OLG Hamm befasst sich mit dem **Honorar des Steuerberaters**. Das Buchführungsmandat ist erst mit Feststellung des Jahresumsatzes beendet. Danach tritt die Fälligkeit dieses Vergütungsanspruchs ein. Bei Fehlern im Buchführungswerk und Wechsel des Beraters muss erst dem Altberater Gelegenheit zur Nachbesserung gegeben werden.

Der Treuhänder, hier ein Steuerberater, der ein **offenes Treuhandkonto** auf seinen Namen eröffnet, bleibt der Bank gegenüber zum Ausgleich eines Negativsaldos verpflichtet. Das LG Hanau weist darauf hin, dass die **Bank kein Verschulden** trifft, wenn sie den Treuhänder nicht auf die Möglichkeit eines Eigenkontos des Treugebers hingewiesen hat.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BGH: Grundsatzentscheidung des BGH zum Kapitalerhaltungsrecht bei der GmbH

Der II. Zivilsenat war in drei Parallelverfahren mit zivilrechtlichen Auswirkungen des so genannten „Balsam-Skandals“ befasst. Die im Bereich des Sportstättenbaus tätige B.-AG fiel im Jahre 1994 in Konkurs, nachdem sich herausgestellt hatte, dass sie in gewaltigem Ausmaß so genannte „Luftforderungen“ gegen ihre Auftraggeber an das Factoring-Unternehmen P.-GmbH verkauft hatte. Dabei bestritt die B.-AG die Abführung der angeblichen Erlöse des Forderungseinzugs an die P.-GmbH mangels Existenz wirklicher Forderungen aus den ihr jeweils von dieser für den Ankauf weiterer Luftforderungen gezahlten Mitteln.

Die sich wegen des „Schneeballeffekts“ ständig vergrößernden Ausgaben der P.-GmbH für wertlose Forderungen führten zu Milliardenverlusten, die nach Aufdeckung der Vorgänge die Eröffnung des Vergleichsverfahrens über deren Vermögen im Jahre 1994 zur Folge hatten. Wegen des enormen steuerlichen Verlustvortrags der Gesellschaft von mehreren Milliarden DM gelang es dem Vergleichsverwalter, die Gesellschaftsanteile der P.-GmbH an die R.-Unternehmensgruppe zu veräußern und den Erlös – zusammen mit dem gesamten noch vorhandenen Betriebsvermögen der P.-GmbH – auf sich als Treuhänder der Vergleichsgläubiger zu übertragen. Diese verzichteten im Rahmen eines so genannten Liquidationsvergleichs auf weitere Forderungen gegen die P.-GmbH, so dass die Gesellschaft letztlich faktisch entschuldet werden konnte.

In den vorliegenden Verfahren klagt der Vergleichsverwalter als Treuhänder der Vergleichsgläubiger aus abgetretenem Recht gegen drei ehemalige Gesellschafter der P.-GmbH – die ihre Anteile noch vor Aufdeckung des Skandals veräußert hatten – auf Rückzahlung von Gewinnausschüttungen der P.-GmbH an sie aus den Jahren 1989 bis 1993. Nach Auffassung des Vergleichsverwalters verstießen die Gewinnausschüttungen gegen das Verbot der Rückzahlung des zur Erhaltung des Stammkapitals erforderlichen Vermögens gemäß § 30 GmbHG, weil die P.-GmbH wegen des Ankaufs der wertlosen Forderungen zum Zeitpunkt der Ausschüttungen bereits erheblich überschuldet war.

Die drei Klagen hatten vor den Land- und Oberlandesgerichten keinen Erfolg. Der Bundesgerichtshof ist der Argumentation der Vorinstanzen, dass nach der infolge des Verkaufs an die

R.-Unternehmensgruppe mittlerweile anzunehmenden Gesundung der (inzwischen anders firmierenden) P-GmbH eine Erstattung der Ausschüttungen zur Erhaltung des Stammkapitals nicht mehr erforderlich sei, nicht gefolgt.

In teilweiser Änderung seiner bisherigen Rechtsprechung hat der II. Zivilsenat entschieden, dass die Kapitalerhaltungsvorschriften des GmbHG generell die Rückerstattung der verbotswidrig erfolgten Auszahlungen von Stammkapital durch ihren Empfänger anordnen. Ein einmal entstandener Erstattungsanspruch der Gesellschaft entfalle daher nicht von Gesetzes wegen, wenn sich die Vermögenslage der Gesellschaft zwischenzeitlich wieder nachhaltig bis zur Deckung der Stammkapitalziffer verbessert habe.

An der Rückzahlungspflicht der vorliegend betroffenen Gesellschafter änderte auch deren Gutgläubigkeit beim Leistungsempfang nichts, da die Durchsetzung der Erstattungsforderung zur Befriedigung bestehender, nicht vom Forderungsverzicht im Rahmen des Liquidationsvergleichs umfasster Ansprüche der Gesellschaftsgläubiger diene.

(BGH, Urt. v. 29.5.2000 - II ZR 347/97, II ZR 75/98 u. II ZR 118/98)

Pressemitteilung d. BGH v. 29.5.2000

BFH: Umbuchungsgebühren unterliegen der Umsatzsteuer

Mit Urteil vom 16.3.2000 - V R 16/99 hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden, dass Gebühren, die eine Fluggesellschaft im Fall der Umbuchung eines Fluges von den Flugreisenden erhebt (Umbuchungsgebühren), zum Entgelt der Beförderungsleistungen gehören, also von der Fluggesellschaft zu versteuern sind.

Eine Fluggesellschaft bot auf innerdeutschen Strecken Flüge in mehreren Tarifklassen an. Im teuersten Tarif konnte der Kunde jederzeit den Flugtermin oder den Reiseweg ohne Aufgeld ändern; im billigsten Tarif war eine Umbuchung (überhaupt) nicht möglich. Preislich in der Mitte lagen Tarife, bei denen eine Umbuchung gegen eine besondere „Umbuchungsgebühr“ (100 DM pro Passagier) gestattet war.

Zum Entgelt gehört nach dem Umsatzsteuergesetz alles, was der Leistungsempfänger - abzüglich der Umsatzsteuer - aufwendet, um

die Leistung zu erhalten. Nach Auffassung des BFH wendet der jeweilige Fluggast neben dem reinen Flugpreis auch eine von ihm verlangte Umbuchungsgebühr auf, um die (nach Umbuchung erbrachte) Beförderungsleistung zu erhalten. Der umgebuchte Flug „kostet“ ihn jetzt 100 DM mehr als der entsprechende Flug ohne Umbuchung.

Der BFH folgte damit nicht der Argumentation der Fluggesellschaft, dass Umbuchungsgebühren als (pauschalierter) Schadenersatz für einen reservierten, aber dann nicht in Anspruch genommenen Flug anzusehen und deshalb - wie so genannte „Stornogebühren“ - nicht steuerbar seien.

(BFH, Urt. v. 16.3.2000 - V R 16/99)

Pressemitteilung d. BFH v. 31.5.2000

BFH: Festsetzung von Hinterziehungszinsen auf Vermögensteuer noch zulässig

Mit Beschluss vom 22.6.1995 - 2 BvL 37/91 (BVerfGE 1993, 121) hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zwar Teile des Vermögensteuergesetzes für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt, aber zugleich angeordnet, dass das Vermögensteuerrecht bis Ende 1996 weiter anwendbar sei. Dabei war zunächst streitig, ob dies dahin zu verstehen ist, dass nach 1996 jedwede Veranlagung zur Vermögensteuer zu unterbleiben habe oder bedeutet, dass das Vermögensteuergesetz auf alle bis Ende 1996 verwirklichten Tatbestände auch über 1996 hinaus anwendbar bleibt.

Nachdem diese Frage durch BVerfG und Bundesfinanzhof (BFH) in letzterem Sinne entschieden worden war, stellte sich als nächste Frage, ob bezüglich der bis Ende 1996 verwirklichten Tatbestände Zuwiderhandlungen gegen das Vermögensteuergesetz über 1996 hinaus strafrechtlich verfolgt werden dürfen und insoweit auch eine Festsetzung von Hinterziehungszinsen zulässig ist. Beides hat der BFH nunmehr mit Urteil vom 24.5.2000 - II R 25/99 bejaht.

Das Urteil ist besonders für die Personen von Bedeutung, die Kapitalvermögen im Ausland angelegt haben und von den Steuerfahndungsmaßnahmen gegen die dabei eingeschalteten inländischen Banken betroffen sind.

(BFH, Urt. v. 24.5.2000 - II R 25/99)

Pressemitteilung d. BFH v. 20.6.2000

Anwaltshaftung

- Verjährungsbeginn, § 51b BRAO
 - Fristversäumnis
 - Belehrungsbedürftigkeit
 - Beweislast
- (BGH, Urt. v. 9.12.1999 - IX ZR 129/99)

Leitsätze:

1. Zum Beginn der Verjährung i.S.d. § 51b BRAO bei Versäumnung der Frist zur Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde gemäß § 72a ArbGG.
2. Der Rechtsanwalt, der seinen Auftraggeber pflichtwidrig nicht auf einen möglichen Regressanspruch und dessen Verjährung hingewiesen hat, muss beweisen, dass der Mandant nicht belehrungsbedürftig war.
3. Zur haftungsausfüllenden Kausalität für einen Regressanspruch gegen einen Rechtsanwalt, der die Frist zur Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde gemäß § 72a ArbGG versäumt hat.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger, promovierter Jurist, Rechtsbeistand und Mitglied einer Rechtsanwaltskammer, verlangt - nach Rücknahme seiner Revision gegen den beklagten Rechtsanwalt zu 2) - noch vom beklagten Rechtsanwalt zu 1), einem Fachanwalt für Arbeitsrecht, Schadenersatz wegen eines verlorenen Arbeitsgerichtsprozesses.

Am 30.11.1990/4.12.1990 schloss der Kläger mit der O.-GmbH einen „Freier-Mitarbeiter-Vertrag“ für die Zeit vom 1.12.1990 bis 31.5.1991, nach dem der Kläger als Projektberater tätig werden sollte. Im Juli 1992 erhob er Klage vor dem Arbeitsgericht auf Feststellung, dass es sich bei dem Vertragsverhältnis bis zum 15.5.1991 um ein festes Angestelltenverhältnis gehandelt habe, sowie auf Zahlung von Lohn und sonstigen Entgelten. Durch Teilurteil vom 10.2.1993 gab das Arbeitsgericht der Feststellungsklage statt.

Im Berufungsverfahren, in dem der Kläger durch den Beklagten zu 2) vertreten wurde, wurde die Feststellungsklage durch Urteil des Landesarbeitsgerichts vom 21.7.1994 abgewiesen; die Revision wurde nicht zugelassen. Nach Zustellung dieses Urteils am 14.9.1994 legte der Beklagte zu 1) im Namen des Klägers Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision ein. Nachdem die Beschwerde nicht rechtzeitig be-

gründet worden war, wurde sie durch Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 23.11.1994 als unzulässig verworfen. Am 22.12.1994 beantragte der Kläger, vertreten durch andere Rechtsanwälte, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumnung der Frist zur Beschwerdebegründung. Dieser Antrag wurde durch Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 16.1.1995, den Vertretern des Klägers zugestellt am 27.1.1995, zurückgewiesen. Am 7.2.1995 legte der Beklagte zu 1) sein Mandat nieder.

Die am 16.1.1998 bei Gericht eingegangene, am 4.5.1998 zugestellte Klage gegen den Beklagten zu 1) und die Klage gegen den Beklagten zu 2) auf Ersatz eines Schadens infolge des verlorenen Vorprozesses in Höhe von 52.468,11 DM zzgl. Zinsen ist in den Vorinstanzen erfolglos geblieben. Mit der zugelassenen Revision verfolgt der Kläger seinen Klageanspruch gegen den Beklagten zu 1) weiter; die Revision gegen die Abweisung der Klage gegen den Beklagten zu 2) hat der Kläger zurückgenommen.

Die Revision führt, soweit die Klage gegen den Beklagten zu 1) (künftig: der Beklagte) abgewiesen worden ist, zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache (§§ 564, 565 Abs. 1 ZPO).

Aus den Gründen:

I.

Die Revision beanstandet mit Erfolg, dass das Berufungsgericht einen - unterstellten - vertraglichen Schadenersatzanspruch des Klägers gegen den Beklagten gemäß dessen Einrede als verjährt angesehen hat (§§ 51b BRAO, 222 Abs. 1 BGB).

Das Berufungsgericht hat ausgeführt: Die Verjährungsfrist habe am 15.11.1994 begonnen. Da der Beklagte die Nichtzulassungsbeschwerde nicht fristgerecht bis zum 14.11.1994 begründet habe, sei daraus dem Kläger am folgenden Tage ein Schaden entstanden. Spätestens sei mit der Verwerfung der Beschwerde am 23.11.1994 ein Schaden des Klägers eingetreten. Daran ändere das spätere Wiedereinsetzungsverfahren nichts. Die Verjährungsfrist sei deswegen vor Einreichung der Klage am 16.1.1998 abgelaufen.

Ein sekundärer Schadenersatzanspruch stehe dem Kläger nicht zu. Der Beklagte habe keine entsprechende Hinweispflicht gehabt, weil der

Kläger spätestens mit Zugang des Beschlusses des Bundesarbeitsgerichts vom 16.1.1995 die Fristversäumung durch den Beklagten und den daraus entstandenen Schaden gekannt habe. Die Unterlassung eines Hinweises auf die kurze Verjährungsfrist sei nicht ursächlich für den Schaden geworden. Der Kläger sei rechtskundig und bereits durch Schreiben des Beklagten zu 2) vom 28.7.1994 darüber unterrichtet worden, dass die Regressforderung eines Mandanten gegen einen Rechtsanwalt einer bestimmten Verjährungsfrist unterliege.

1. Diese Erwägungen halten einer rechtlichen Nachprüfung stand, soweit das Berufungsgericht eine Primärverjährung gemäß § 51b Fall 1 BRAO angenommen hat; deswegen hat es die Revision zugelassen. Nach dieser Vorschrift verjährt ein Anspruch des Auftraggebers aus einem Anwaltsvertrag auf Schadenersatz in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist.

Ein Schaden, der einen vertraglichen Ersatzanspruch i.S.d. § 51b BRAO auslöst (§ 198 BGB), entsteht, sobald sich die Vermögenslage des Auftraggebers durch eine anwaltliche Pflichtverletzung objektiv verschlechtert. Dies ist **noch nicht der Fall, solange nur das Risiko eines Vermögensnachteils infolge einer Pflichtverletzung des Rechtsanwalts besteht**, also bei der gebotenen wertenden Betrachtung allenfalls eine Vermögensgefährdung vorliegt (BGH, *Urt. v. 16.11.1995 - IX ZR 148/94, WM 1996, 540, 541; v. 20.6.1996 - IX ZR 106/95, WM 1996, 1832, 1833, jeweils m.w.N.*).

Mit Rücksicht darauf hat die Verjährung begonnen entweder am 15.11.1994, nachdem die Notfrist des § 72a Abs. 3 Satz 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes (ArbGG) zur Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde am 14.11.1994 abgelaufen war, oder spätestens mit der Verwerfung der Beschwerde durch Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 23.11.1994.

a) Der Schadeneintritt ist nicht gemäß § 9 Abs. 5 Satz 4 ArbGG wegen einer unzulänglichen Rechtsmittelbelehrung des Landesarbeitsgerichts hinausgeschoben worden. Dieses hat am Schluss seines Urteils eine Belehrung dahin erteilt, dass, nachdem es die Revision nicht zugelassen habe, kein Rechtsmittel gegen sein Urteil statthaft sei, aber die Möglichkeit einer Nichtzulassungsbeschwerde gemäß § 72a ArbGG bestehe. Diese Rechtsmittelbelehrung war nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts

ordnungsgemäß. Die Nichtzulassungsbeschwerde ist nur ein Rechtsbehelf, kein Rechtsmittel, weil ihr der Devolutiveffekt fehlt, so dass das Bundesarbeitsgericht im Verfahren über die Nichtzulassungsbeschwerde nicht die angefochtene Entscheidung voll überprüfen kann (BAG, *AP Nr. 5 zu § 72a ArbGG 1979*).

b) Ein **Schaden des Mandanten kann bereits mit dem Ablauf einer Frist** eintreten. Dies ist angenommen worden beim Ablauf der prozessualen Fristen für den Einspruch gegen ein Versäumnisurteil (BGH, *Urt. v. 21.9.1995 - IX ZR 228/94, NJW 1996, 48, 50*) und für die Berufungsbegründung (OLG Karlsruhe, *MDR 1990, 336, 337*) sowie beim Ablauf der materiellen Frist der Verjährung eines Anspruchs (BGH, *Urt. v. 14.7.1994 - IX ZR 204/93, NJW 1994, 2822, 2823 f; Beschl. v. 14.3.1996 - IX ZR 196/95, BGHR, BRAO § 51 a.F. - Verjährungsbeginn 3*). Es spricht viel dafür, dass auch im vorliegenden Fall ein Schaden des Klägers bereits mit dem Ablauf der Frist zur Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde eingetreten ist, wie das Berufungsgericht angenommen hat.

c) Spätestens ist der Kläger geschädigt worden, als am 23.11.1994 die Beschwerde durch das Bundesarbeitsgericht verworfen worden ist. **In der Regel verschlechtert sich die Vermögenslage des Mandanten bereits mit der ersten nachteiligen Gerichtsentscheidung infolge anwaltlichen Fehlverhaltens in einem Verfahren.** Die in seinem Urteil vom 9.7.1992 (IX ZR 50/91, *NJW 1992, 2828, 2829 f*) geäußerte Ansicht, ein Schaden infolge eines Anwaltsfehlers im Prozess sei regelmäßig noch nicht eingetreten, solange nicht auszuschließen sei, dass die Entscheidung in einem weiteren Rechtszug zugunsten des Mandanten geändert werde, hat der Senat aufgegeben (BGH, *Urt. v. 12.2.1998 - IX ZR 190/97, WM 1998, 786, 787 f*). Besteht ein solcher Anwaltsfehler in der **Versäumung einer Frist zur Einlegung oder Begründung eines Rechtsmittels oder Rechtsbehelfs**, so liegt es nahe, dass der **Schaden des Mandanten schon mit der Fristversäumung** entsteht.

Spätestens ist die Vermögenslage des Klägers bei der gebotenen wertenden Betrachtung verschlechtert worden, als mit der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 23.11.1994 das dem Kläger nachteilige Urteil des Landesarbeitsgerichts rechtskräftig wurde.

d) Daran ändert entgegen der Ansicht der Revision die vom Kläger genutzte Möglichkeit,

durch ein **Wiedereinsetzungsverfahren** vor dem Bundesarbeitsgericht gemäß §§ 233 ff ZPO die durch die Fristversäumung entstandenen Rechtsnachteile und damit die Rechtskraft des Urteils des Landesarbeitsgerichts rückwirkend zu beseitigen, nichts (vgl. BGHZ 98, 325, 328), wie das Berufungsgericht zu Recht angenommen hat. **Die Schädigung des Mandanten durch eine nachteilige Gerichtsentscheidung**, die auf einem fehlerhaften Prozessverhalten eines Rechtsberaters beruht, **entfällt nicht wegen einer Unsicherheit, ob der Schaden bestehen bleibt und endgültig wird** (BGH, Urt. v. 12.2.1998, a.a.O., 788 m.w.N.), und damit **auch nicht wegen eines Wiedereinsetzungsantrags des Mandanten** (vgl. BGH, Beschl. v. 28.3.1996 - IX ZR 197/95, WM 1996, 1108, 1109).

e) Die Verjährungsfrist von drei Jahren ist vor Einreichung der Klage gegen den Beklagten zu 1) am 16.1.1998 verstrichen. Durch Verhandlungen i.S.d. § 852 Abs. 2 BGB wird die Verjährung nach § 51b BRAO nicht gehemmt (BGH, Urt. v. 29.2.1996 - IX ZR 180/95, WM 1996, 1106, 1107).

2. Die Revision rügt jedoch mit Recht, dass das Berufungsgericht dem Kläger einen **sekundären Schadenersatzanspruch** versagt hat, der dem Beklagten gemäß § 249 BGB die Einrede der Primärverjährung verwehrt (vgl. BGHZ 94, 380, 385 ff).

Der Mandant, dessen ursprünglicher (primärer) Schadenersatzanspruch wegen schuldhafter Verletzung des Anwaltsvertrages verjährt ist (§ 51b BRAO), hat dann einen weiteren (sekundären) Ersatzanspruch, wenn der Rechtsanwalt den Schaden in Gestalt der Primärverjährung verursacht hat, indem er im Rahmen der **umfassenden vertraglichen Beratungspflicht** eine **bis zum Mandatsende** entstandene (sekundäre) Pflicht, den Auftraggeber auf die Möglichkeit einer eigenen Regresshaftung und deren kurze Verjährung gemäß § 51b BRAO hinzuweisen, schuldhaft verletzt hat und der Mandant bei ordnungsmäßiger Aufklärung die Primärverjährung verhindert hätte.

Diese sekundäre Pflicht entsteht, wenn der Rechtsanwalt - nach seinem Fehler und vor Eintritt der Primärverjährung - bis zum Ende seines Mandats **begründeten Anlass** hat zu prüfen, ob er durch eine Pflichtverletzung den Mandanten geschädigt hat, und wenn ein sorgfältiger Rechtsanwalt dabei seine mögliche Haftpflicht erkennen kann (BGHZ 94, 380, 386 f; BGH, Urt. v. 14.11.1991 - IX ZR 31/91, NJW 1992, 836, 837; v. 16.11.1995 - IX ZR 148/94, WM 1996, 540, 541 f).

a) Die Revisionserwiderung meint, Gegenstand des Mandats des Beklagten sei nur die Einlegung und die - unterlassene - Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde gewesen, so dass der Auftrag mit deren Verwerfung am 23.11.1994 erledigt gewesen sei. Dieser Bewertung des Mandatsgegenstandes kann nicht gefolgt werden. Nach seinem eigenen, vom Kläger bestätigten Vorbringen hat der Beklagte sein Mandat erst am 7.2.1995 niedergelegt; dafür spricht auch sein Schreiben an den Kläger von demselben Tage.

Bis zu diesem Zeitpunkt haben die Parteien ihr Vertragsverhältnis - trotz der zwischenzeitlichen Beauftragung anderer Rechtsanwälte mit dem Wiedereinsetzungsantrag durch den Kläger - aufrechterhalten. Daraus ergibt sich, dass der Mandatsgegenstand über die Einlegung und Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde hinausgegangen ist und der Beklagte allgemein die Interessen des Klägers in dessen Rechtsangelegenheit gegenüber der O.-GmbH wahrzunehmen hatte.

b) Bereits die **Verwerfung der Nichtzulassungsbeschwerde** durch das Bundesarbeitsgericht am 23.11.1994 hat dem Beklagten **begründeten Anlass zur Prüfung einer Regresshaftung** gegeben, weil er die Notfrist zur Begründung der Beschwerde hatte verstreichen lassen (vgl. BGH, Urt. v. 10.10.1985 - IX ZR 153/84, NJW 1986, 581, 583; v. 31.10.1985 - IX ZR 175/84, WM 1986, 199, 203).

Weiteren Anlass in diesem Sinne hat die **Zurückweisung des Wiedereinsetzungsantrags** durch das Bundesarbeitsgericht am 16.1.1995 geboten. Von dieser Entscheidung hat der Beklagte nach dem unbestrittenen Klagevortrag **vor der Niederlegung des Mandats** erfahren. Die anschließende Beendigung des Anwaltsvertrages hat den Beklagten nicht von seiner sekundären Hinweispflicht entbunden (vgl. BGH, Urt. v. 15.4.1999 - IX ZR 328/97, WM 1999, 1330, 1335).

c) Diese Pflicht des Beklagten ist nicht entfallen, weil der Kläger im Wiedereinsetzungsverfahren vor dem Bundesarbeitsgericht durch andere Rechtsanwälte vertreten worden ist.

Zwar braucht ein Rechtsanwalt seinen Auftraggeber nicht auf einen möglichen Regressanspruch und dessen Verjährung hinzuweisen, wenn der Mandant **rechtzeitig vor Ablauf der Verjährung in der Haftungsfrage anwaltlich**

beraten wird oder auf anderem Wege entsprechende Kenntnis erhält (BGH, Urt. v. 14.11.1991 – IX ZR 31/91, NJW 1992, 836, 837; v. 28.9.1995 – IX ZR 227/94, WM 1996, 33, 34; v. 15.4.1999, a.a.O., 1335 f.). Es ist aber weder vorgetragen noch festgestellt worden, dass diese Rechtsanwälte auch beauftragt waren, den Kläger bezüglich eines Regressanspruchs gegen den Beklagten zu beraten.

Selbst wenn das – auf das Wiedereinsetzungsverfahren beschränkte – Mandat dieser Rechtsanwälte insoweit eine Warnpflicht ausgelöst haben sollte, so hätte dies den Beklagten nicht von seiner Hinweispflicht entbunden (vgl. BGH, Urt. v. 15.4.1999, a.a.O., 1336).

d) Der Beklagte hat seine sekundäre Hinweispflicht schuldhaft verletzt.

Aufgrund der beiden Anlässe zur Prüfung einer Regresspflicht konnte ein sorgfältiger Rechtsanwalt erkennen, dass der Kläger einen Schadensersatzanspruch gegen den Beklagten erworben haben konnte, weil dieser die Nichtzulassungsbeschwerde nicht fristgerecht begründet hatte. Es kann dahinstehen, ob der Kläger wegen seines Schreibens an den Beklagten vom 7.2.1995 schon vor Beendigung des Mandats des Beklagten gewusst hat, dass ihm möglicherweise ein Regressanspruch gegen den Beklagten zustand.

Jedenfalls hat der Beklagte unstreitig den Kläger nicht darauf hingewiesen, dass ein solcher Anspruch der kurzen Verjährung nach § 51b BRAO unterlag. Der erforderliche Hinweis hätte sich zumindest auf den Wortlaut dieser Vorschrift erstrecken müssen (vgl. für den Steuerberater: BGHZ 114, 150, 159). Da der Beklagte schon einen solchen Hinweis unterlassen hat, kann es dahinstehen, ob im vorliegenden Fall weitere Angaben – etwa zum Beginn oder Ende der Verjährung – erforderlich waren.

Es ist davon auszugehen, dass diese Unterlassung vom Beklagten zu vertreten ist (§ 276 BGB; vgl. BGHZ 94, 380, 387; 129, 386, 391). Denn dieser hat ein **Verschulden nicht ausgeräumt** (vgl. BGHZ 129, 386, 391 f.; BGH, Urt. v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95, WM 1996, 1832, 1835).

e) Die Revision rügt auch mit Recht die Hilfsbegründung des Berufungsgerichts, eine Verletzung der sekundären Hinweispflicht sei für die Primärverjährung eines vertraglichen Regressanspruchs des Klägers gegen den Beklagten nicht ursächlich gewesen.

Zwar kann ein solcher Ursachenzusammenhang entfallen, wenn der Mandant trotz Kenntnis seines Regressanspruchs und der Verjährungsregelung des § 51b BRAO die Primärverjährung nicht verhindert hat (BGH, Urt. v. 26.2.1985 – VI ZR 144/83, NJW 1985, 1151, 1152; v. 21.1.1988 – IX ZR 65/87, WM 1988, 629, 631). Eine solche Kenntnis hatte der Kläger aber nicht aufgrund des Schreibens des Beklagten zu 2) vom 28.7.1994, das dessen Mandat betrifft und nicht auf § 51 BRAO a.F. oder § 51b BRAO n.F. verweist.

Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts ist nicht davon auszugehen, dass der **Kläger als promovierter Jurist und Rechtsbeistand** die erforderlichen Rechtskenntnisse bezüglich der Verjährung einer Regressforderung gegen einen Rechtsanwalt gehabt hat. Nach seiner Behauptung hat der Kläger besondere Kenntnisse und Erfahrungen nur im Arbeits- und Sozialrecht. Mit Rücksicht darauf hat der Beklagte schon keinen Beweis dafür angetreten, dass der **Kläger nicht belehrungsbedürftig** gewesen ist (vgl. für die Notarhaftung: BGH, Urt. v. 27.10.1994 – IX ZR 12/94, NJW 1995, 330, 331; v. 25.4.1996 – IX ZR 237/95, NJW 1996, 2037, 2038; für die Anwaltschaftung: Fischer, in: Zugehör, Handbuch der Anwaltschaftung 1999, Rdnr. 1009).

Vielmehr spricht die Lebenserfahrung nach den Regeln des **Anscheinsbeweises** dafür, dass der Kläger einen Hinweis des Beklagten auf die Verjährungsregelung für einen möglichen Regressanspruch beherzigt und die Primärverjährung vermieden hätte (vgl. BGHZ 123, 311, 314 ff; 126, 217, 222 ff; 129, 386, 392 f.).

f) Der Sekundäranspruch des Klägers entfällt entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung nicht wegen eines Mitverschuldens des Klägers (§ 254 BGB; vgl. BGH, Urt. v. 15.4.1999, a.a.O., 1336).

Die Erfüllung der Mandatspflichten obliegt allein dem Rechtsanwalt. Auch ein **rechtskundiger Mandant** darf grundsätzlich darauf vertrauen, dass sein Rechtsanwalt seine Pflichten vertragsgerecht erfüllt, ohne dass dafür eine Kontrolle notwendig ist. Deswegen kann auch einem solchen Auftraggeber in der Regel nicht vorgeworfen werden, er hätte das, worüber ihn sein Rechtsanwalt hätte unterrichten müssen, bei genügender Sorgfalt selbst feststellen können und müssen (BGH, Urt. v. 19.12.1991 – IX ZR 41/91, WM 1992, 739, 740; v. 24.6.1993 – IX ZR 216/92, WM 1993, 1889, 1894; v. 20.4.1993 –

IX ZR 101/92, WM 1993, 1508, 1511; v. 13.3.1997 - IX ZR 81/96, WM 1997, 1392, 1395). Dies gilt auch für die anwaltliche Pflicht zur Aufklärung des Mandanten über einen möglichen Regressanspruch und die dafür maßgebliche Verjährungsregelung (BGH, Urt. v. 15.4.1999, a.a.O., 1336).

3. Der Kläger hat die Verjährung, die wegen des Sekundäranspruchs gemäß § 51b Fall 2 BRAO mit der Beendigung des Auftrags des Beklagten am 7.2.1995 begonnen hat (vgl. BGHZ 94, 380, 389 f), durch Einreichung der Klage bei Gericht am 16.1.1998 unterbrochen (§§ 209 Abs. 1, 211, 217 BGB, 253, 270 Abs. 3 ZPO).

Zwar ist diese dem Beklagten erst am 4.5.1998 zugestellt worden. Das Berufungsgericht hat - von seinem Rechtsstandpunkt aus folgerichtig - nicht geprüft, ob diese Zustellung i.S.d. § 270 Abs. 3 ZPO „demnächst“ erfolgt ist. Dies ist aber aufgrund des insoweit unstreitigen Akteninhalts zu bejahen, weil der Kläger die Verzögerung nicht zu vertreten hat (vgl. BGH, Urt. v. 25.11.1985 - II ZR 236/84, NJW 1986, 1347, 1348; v. 9.11.1994 - VIII ZR 327/93, NJW-RR 1995, 254).

Der Kläger hat dazu entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung nicht in vorwerfbarer Weise beigetragen, indem er seine Klageschrift vom 15.1.1998 an die „Mahnabteilung“ des Amtsgerichts zu dem Aktenzeichen des Mahnverfahrens gegen den Beklagten zu 2) gerichtet hat mit der Erklärung, er erstrecke die Klage auf den Beklagten zu 1); ein entsprechender Gerichtskostenvorschuss ist am 19.1.1998 eingegangen. Da das Verfahren beim Amtsgericht anhängig war, hätte die Klage gegen den Beklagten zu 1) entweder durch dieses Gericht oder durch das Landgericht, an das der Rechtsstreit nach dem bereits erhobenen Widerspruch des Beklagten zu 2) gegen den Mahnbescheid alsbald abzugeben war (§ 696 Abs. 1 ZPO), unverzüglich von Amts wegen zugestellt werden müssen (§§ 270 Abs. 1, 271 Abs. 1, 495 ZPO).

Die Zustellung der Klageschrift ist aber erst veranlasst worden, nachdem im Verhandlungstermin vor dem Landgericht am 21.4.1998 festgestellt worden war, dass die Zustellung fehlte. Nachdem die Klage gegen den Beklagten zu 1) in die gerichtliche Verfügungsgewalt gelangt war, hatte der Kläger keinen Einfluss auf den Zeitpunkt der Zustellung. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass er die Verzögerung erkannt hat oder hätte erkennen können (vgl. BVerfG, NJW 1994, 1853 f; BGH, Urt. v. 9.11.1994, a.a.O.).

II.

Das Berufungsurteil ist nicht aus einem anderen Grunde im Ergebnis richtig (§ 563 ZPO).

1. Nach dem vorliegenden Sach- und Streitstand hat der Kläger einen Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten wegen Schlechterfüllung eines Anwaltsvertrages (§§ 611, 675 BGB) dem Grunde nach.

a) Nach seinem Vorbringen hat der Kläger den Beklagten beauftragt, seine Interessen im weiteren Arbeitsgerichtsprozess wahrzunehmen, insbesondere Beschwerde gemäß § 72a ArbGG wegen der Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts zu erheben. Das Entgelt sollte sich daraus ergeben, dass der Kläger den Beklagten mit mindestens 50 Arbeitsstunden bei Verbandsarbeit unterstützt hatte. Danach ist ein Anwaltsvertrag zustande gekommen mit der Verpflichtung des Beklagten, für den Kläger in dessen Arbeitsgerichtsprozess tätig zu werden (vgl. BGH, Urt. v. 23.1.1981 - V ZR 198/79, VersR 1981, 460, 461; v. 21.3.1991 - IX ZR 186/90, NJW 1991, 2084, 2085 f).

Dementsprechend hat der Beklagte die Beschwerde eingelegt und eine Verlängerung der Begründungsfrist beantragt. Damit hat er bei Würdigung aller Umstände selbst zum Ausdruck gebracht, dass er den Kläger als Rechtsanwalt vertreten hat. Dem Abschluss eines Anwaltsvertrages stand es nicht entgegen, wenn gemäß dem Klagevortrag der Vergütungsanspruch des Beklagten (§§ 611, 612 Abs. 1, 675 BGB in Verbindung mit der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte) mit einem solchen des Klägers wegen erbrachter Dienstleistungen verrechnet werden sollte.

Der Beklagte hat einen Vertragsschluss nicht in rechtserheblicher Weise bestritten. Dazu hat er vorgetragen, dem Kläger sei bekannt gewesen, dass er - der Beklagte - im November 1994 selbst bei Zahlung eines Honorars weder Zeit noch Lust gehabt habe, eine Nichtzulassungsbeschwerde zu verfassen. Sein Angebot an den Kläger habe darin bestanden, dass er, falls der Kläger rechtzeitig einen verwendbaren Text vorlegen sollte, diesen auf seinem Briefbogen an das Bundesarbeitsgericht weiterleiten würde.

Damit hat der Beklagte aber **keine unverbindliche Gefälligkeit** dargelegt. Mit Rücksicht auf den Zweck und die sich daraus ergebende Bedeutung der Tätigkeit des Beklagten für den

Kläger sowie die damit verbundene Interessenlage der Parteien durften und mussten diese die wechselseitigen Erklärungen verständigerweise als Vertragsschluss werten (vgl. BGH, Urt. v. 22.6.1956 - I ZR 198/54, NJW 1956, 1313 f; v. 14.11.1991 - III ZR 4/91, NJW 1992, 498).

Selbst wenn der rechtskundige Kläger - das hat dieser bestritten - die Beschwerdebegründung entwerfen sollte, so blieb doch der Beklagte gegenüber dem Beschwerdegericht für den Inhalt des Schriftsatzes verantwortlich (vgl. BGH, Urt. v. 17.12.1987 - IX ZR 41/86, NJW 1988, 1079, 1082; v. 24.3.1988 - IX ZR 114/87, NJW 1988, 3013, 3014 für das Verhältnis des Prozessbevollmächtigten zu einem Verkehrsanwalt). Dafür, dass der Beklagte dies nicht verkannt hat, spricht, dass er selbst seine Tätigkeit als Mandat bezeichnet hat.

b) Der Beklagte hat seine Vertragspflicht verletzt, indem er die Nichtzulassungsbeschwerde nicht in der Frist des § 72a Abs. 3 Satz 1 ArbGG begründet hat.

c) Die Pflichtverletzung beruht auf Fahrlässigkeit (§ 276 BGB), weil der Beklagte diese Notfrist rechtsirrig für verlängerbar gehalten und infolgedessen einen Tag vor Fristablauf einen unzulässigen Verlängerungsantrag gestellt hat. Bei Beachtung der erforderlichen Sorgfalt hätte der Beklagte die Pflichtwidrigkeit seines Verhaltens erkennen und sich daraus ergebende Nachteile für den Kläger vermeiden können.

2. Es steht bisher nicht fest, dass der Kläger durch die schuldhafte Pflichtverletzung des Beklagten den geltend gemachten Schaden erlitten hat.

Für den **haftungsausfüllenden Ursachenzusammenhang** zwischen der anwaltlichen Pflichtverletzung und dem geltend gemachten Schaden hat der Tatrichter gemäß § 287 ZPO festzustellen, was geschehen wäre, wenn der Rechtsanwalt sich vertragsgerecht verhalten hätte, und wie die Vermögenslage des Mandanten dann wäre. Dieser trägt insoweit die **Beweislast**, die durch den **Beweis des ersten Anscheins** und die - gegenüber § 286 ZPO - geringeren Anforderungen des § 287 ZPO an die Darlegungslast und das Beweismaß erleichtert wird (BGHZ 123, 311, 315 ff; 126, 217, 222 ff; BGH, Urt. v. 5.11.1992 - IX ZR 12/92, NJW 1993, 734).

Einen **erstattungsfähigen Schaden** hat der Mandant in der Regel dann erlitten, wenn er

einen Prozess verloren hat, den er bei sachgemäßer anwaltlicher Vertretung gewonnen hätte. Für diese hypothetische Beurteilung ist maßgeblich, wie der Vorprozess nach Auffassung des Gerichts, das mit dem Regressanspruch befasst ist, richtigerweise hätte entschieden werden müssen. Dabei ist auszugehen von dem Sachverhalt, der dem Gericht des Vorprozesses unterbreitet und von diesem aufgeklärt worden wäre. Die Beweislastregeln des Vorverfahrens gelten grundsätzlich auch für den Regressprozess (BGHZ 133, 110, 111 ff m.w.N.).

a) Danach hat der Kläger zunächst darzulegen, dass eine rechtzeitige Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde (§ 72a Abs. 3 ArbGG), die allein auf eine Divergenz i.S.d. § 72 Abs. 2 Nr. 2 ArbGG gestützt werden konnte (§ 72a Abs. 1 ArbGG), nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (AP zu § 72a ArbGG 1979 - Divergenz) zulässig gewesen wäre und in der Sache zur Zulassung der Revision geführt hätte. Sodann ist diese Frage - nach Stellungnahme des Beklagten - vom Regressgericht gemäß § 287 ZPO zu beantworten.

Insoweit kann der Senat nicht selbst entscheiden. Es ist nicht sicher, dass die Parteien dazu bereits abschließend vorgetragen haben. In den Vorinstanzen hat die Verjährungsfrage im Vordergrund gestanden. Zur haftungsausfüllenden Kausalität hat sich die Revision nur pauschal, die Revisionserwiderung gar nicht geäußert. Außerdem fehlt eine tatrichterliche Beurteilung.

b) Sollte das Berufungsgericht zu dem Ergebnis gelangen, dass bei rechtzeitiger Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde die Revision hätte zugelassen werden müssen, so wird es aufgrund des Vorbringens der Parteien, das ebenfalls noch nicht als abschließend angesehen werden kann, gemäß § 287 ZPO zu entscheiden haben, ob die Revision zu der rechtskräftigen Entscheidung hätte führen müssen, dass der Kläger in einem Arbeitsverhältnis mit der O.-GmbH gestanden hat (vgl. dazu BAG 78, 343, 347 ff; JR 1999, 413, 415 f; ZIP 1999, 1854, 1855; AP zu § 611 BGB - Abhängigkeit) und infolgedessen die im Vorprozess eingeklagten Zahlungsansprüche hätten zuerkannt werden müssen.

Insoweit hat der Kläger zumindest einen Anspruch auf Lohnfortzahlung aus einem Arbeitsverhältnis wegen unfallbedingter Arbeitsunfähigkeit vom 8.1.1991 bis 17.3.1991 schlüssig dargelegt.

Notarhaftung

- Satzungsänderung
- Weisung:
 - Rücknahme des Handelsregisterantrags
- Anderweitige Ersatzmöglichkeit
- Verdeckte Gewinnausschüttung
(BGH, Urt. v. 18.11.1999 - IX ZR 402/97)

Leitsatz:

Zur Amtspflicht eines Notars bei Beurkundung und Vollzug einer Satzungsänderung, durch die der Alleingeschäftsführer und -gesellschafter einer GmbH von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden soll.

Zum Sachverhalt:

Die klagende GmbH verlangt vom beklagten Notar Schadenersatz, weil er bei der Beurkundung einer Abtretung von Geschäftsanteilen und einer Gesellschafterversammlung seine Amtspflichten verletzt habe.

Der Beklagte hatte am 14.1.1985 bei der Gründung der Klägerin den Gesellschaftsvertrag beurkundet. In § 5 dieses Vertrages heißt es:

„Die Geschäftsführer sind von den Beschränkungen des § 181 BGB nicht befreit.“

Gemäß der vom Beklagten errichteten Urkunde vom 20.12.1991 traten die Gesellschafter ihre Geschäftsanteile an der Klägerin mit Wirkung vom 1.1.1992 an T.G. ab. Ziffer IX dieser Urkunde betreffend eine „Gesellschafterversammlung“ lautet:

„Herr T.G. hält sodann unter Verzicht auf Einhaltung aller Formen und Fristen eine Gesellschafterversammlung ab und beschließt einstimmig:

1. Frau E.G. wird als Geschäftsführer abberufen. Ihr wird für die bisherige Tätigkeit Entlastung erteilt.

2. Herr T.G. wird zum Geschäftsführer neu bestellt. Er ist stets alleinvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. (...)“

Der Beklagte reichte die Urkunde vom 20.12.1991 beim Amtsgericht ein und bat um Eintragung in das Handelsregister. Das Amtsgericht teilte dem Beklagten am 28.1.1992 Folgendes mit:

„Dem Vollzug der vorbezeichneten Anmeldung steht folgendes Eintragungshindernis entgegen:

Die Satzung der Gesellschaft sieht keine Möglichkeit vor, die Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB zu befreien. Die angemeldete Befreiung vom Verbot des Selbstkontrahierens kann daher nur bei entsprechender Satzungsänderung eingetragen werden (BayObLG, BB 1980, 1442).

Es wird um Erledigung innerhalb einer Frist von zwei Monaten gebeten.“

Mit Schreiben an das Amtsgericht vom 3.2.1992 nahm der Beklagte „den Antrag dahin gehend zurück, dass Herr T.G. von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit ist“.

Inzwischen hatte T.G. als Alleingeschäftsführer und -gesellschafter der Klägerin mit dieser am 2.1.1992 einen schriftlichen „Gesellschafter-Geschäftsführer-Vertrag“ geschlossen, in dessen § 4 die Vergütung für die Geschäftsführertätigkeit geregelt wurde. § 6 dieses Vertrages lautet:

„Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.“

Am 3.5.1994 wertete das Finanzamt Vergütungsleistungen der Klägerin an ihren Alleingeschäftsführer und -gesellschafter als verdeckte Gewinnausschüttungen, weil dieser nicht wirksam von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit gewesen und infolgedessen der Anstellungsvertrag unwirksam sei. Deswegen wurde gegen die Klägerin erhöhte Körperschaft- und Gewerbesteuer – teilweise nebst Solidaritätszuschlag – für 1992 und 1993 festgesetzt.

Mit ihrer Klage hat die Klägerin in der Hauptsache vom Beklagten begehrt, einen Steuerschaden von 83.189,49 DM und Steuerberaterkosten von 17.972,20 DM – jeweils zzgl. Zinsen – zu ersetzen (Klageanträge zu 1 und 3), die Klägerin von der Belastung mit Körperschaftsteuer auf die künftige Ersatzleistung und von Stundungszinsen zu befreien (Klageanträge zu 2 und 4) sowie festzustellen, dass der Beklagte verpflichtet ist, die Klägerin von Mehrsteuern für 1994 infolge seiner geltend gemachten Amtspflichtverletzung freizustellen (Klageantrag zu 5). Das Landgericht hat die Klage dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Das Oberlandesgericht hat die Berufung des Beklagten zurückgewiesen. Dieser erstrebt mit seiner Revision die Abweisung der Klage.

Die Revision führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache (§§ 564, 565 Abs. 1 ZPO).

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsurteil kann schon deswegen keinen Bestand haben, weil es sich auch auf Klageforderungen aus dem einheitlichen Amtshaftungsanspruch erstreckt, die nicht i.S.d. § 304 Abs. 1 ZPO nach Grund und Betrag streitig sind. Die Frage, ob ein Grundurteil erlassen werden durfte, ist im Revisionsverfahren von Amts wegen zu prüfen (BGH, Urt. v. 12.6.1975 – III ZR 34/73, NJW 1975, 1968; v. 14.10.1993 – III ZR 157/92, NJW-RR 1994, 319).

Das angefochtene Urteil ist nach seinem Gesamthalt dahin auszulegen, dass das Berufungsgericht – ebenso wie das Landgericht – nicht nur die Zahlungsansprüche, sondern auch die übrigen unbezifferten Klageanträge beschieden hat. Im Eingang der Entscheidungsgründe heißt es, das Landgericht habe zu Recht die Klage dem Grunde nach zugesprochen; der Rechtsstreit sei entscheidungsreif, soweit der Beklagte für den Schaden der Klägerin hafte; zu klären sei noch die streitige Höhe dieses Schadens. Dementsprechend hat das Berufungsgericht das Rechtsmittel des Beklagten uneingeschränkt zurückgewiesen, diesem die Kosten des Berufungsverfahrens auferlegt und den Wert der Beschwerde unter Berücksichtigung aller Klageansprüche festgesetzt.

Das Berufungsgericht durfte nicht in dieser Weise über den unbezifferten Feststellungsantrag befinden, bei dem ein Grundurteil wesensgemäß ausscheidet. Die Trennung in Grund- und Betragsverfahren ist nur möglich, wenn der Anspruch auf Zahlung von Geld oder auf die Leistung vertretbarer Sachen gerichtet und der Höhe nach summenmäßig beschränkt ist (BGH, Urt. v. 19.2.1991 – IX ZR 90/89, NJW 1991, 1896; v. 14.10.1993, a.a.O.). Dies gilt entsprechend für die Klageanträge auf Befreiung von Verbindlichkeiten. Solche Ansprüche können nur dann Gegenstand eines Grundurteils sein, wenn Befreiung von einer Schuld verlangt wird, die ihrerseits Gegenstand eines Grundurteils sein kann (BGH, Urt. v. 12.6.1975, a.a.O.). Dies ist hier nicht der Fall, weil die Befreiungsansprüche sich auf unbezifferte Schadenposten beziehen.

II.

Die Revision beanstandet mit Erfolg, dass das Berufungsgericht den Klageanspruch zu 1, mit dem Ersatz der Steuernachteile für 1992 und 1993 in Höhe von 83.189,49 DM zzgl. Zinsen verlangt wird, dem Grunde nach für gerechtfertigt gehalten hat (§ 19 BNotO).

1. Das Berufungsgericht hat – ebenso wie das Landgericht – angenommen, der beklagte Notar habe bei der Beurkundung vom 20.12.1991 seine Amtspflicht gemäß § 17 BeurkG verletzt. Als er nach der Abtretung sämtlicher Geschäftsanteile an T.G. – in Ziffer IX der Urkunde – eine „Gesellschafterversammlung“ des neuen Alleingesellschafters mit dem Inhalt beurkundet habe, dass dieser zum neuen, alleinvertretungsberechtigten und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreiten Alleingeschäftsführer bestellt werde, habe der Beklagte darauf hinweisen müssen, dass nach § 5 des von ihm beurkundeten Gesellschaftsvertrages vom 14.1.1985 die Geschäftsführer der Klägerin nicht von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit seien, und auf eine entsprechende Satzungsänderung hinwirken müssen.

Diese Erwägungen halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand. Der Beklagte hat bei dieser Beurkundung nicht seine Prüfungs- und Belehrungspflicht nach § 17 BeurkG verletzt.

Der Beklagte hat pflichtgerecht – in Ziffer IX der Urkunde – eine ordnungsmäßige Satzungsänderung beurkundet, durch die der neue Alleingeschäftsführer und -gesellschafter von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden sollte (§ 53 GmbHG), wie die Revision zu Recht geltend macht.

a) Die **Übertragung der Geschäftsanteile war mit der Beurkundung** der entsprechenden Erklärungen der Beteiligten – zum 1.1.1992 (Ziffer II der Urkunde) – **wirksam geworden** (§ 15 Abs. 3, 5, § 16 GmbHG). Die nach § 7 des Gesellschaftsvertrages erforderliche Zustimmung aller Gesellschafter ist in Ziffer V der Urkunde erklärt worden (§§ 182, 183 BGB; vgl. BGHZ 13, 179, 184, 186).

b) Nach § 35 Abs. 4 Satz 1 GmbHG ist, wenn sich – wie hier – alle Geschäftsanteile der Gesellschaft in der Hand eines Gesellschafters befinden und dieser zugleich deren alleiniger Geschäftsführer ist, auf dessen Rechtsgeschäfte mit der Gesellschaft § 181 BGB anzuwenden.

Das bedeutet, dass ein solcher Geschäftsführer als Vertreter der GmbH mit sich selbst nur dann Rechtsgeschäfte vornehmen darf, wenn ihm dies im Gesellschaftsvertrag gestattet ist, es sei denn, dass das Rechtsgeschäft ausschließlich in der Erfüllung einer Verbindlichkeit besteht.

c) Dem einzigen Geschäftsführer und Gesellschafter einer GmbH können Rechtsgeschäfte mit sich selbst von vornherein im Gesellschaftsvertrag oder nachträglich durch Änderung der Satzung gestattet werden. Die Gestattung ist nach § 10 Abs. 1 Satz 2 GmbHG in das Handelsregister einzutragen (BGHZ 87, 59, 60 f; vgl. BGHZ 114, 167, 170 ff). Eine nachträgliche allgemeine Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB ist in der Regel dann eine Satzungsänderung gemäß §§ 53, 54 GmbHG, wenn – wie im vorliegenden Fall – der Gesellschaftsvertrag die gesetzliche Einschränkung vorgesehen hatte (BayObLG, BB 1980, 1442 f).

d) Der vom Beklagten beurkundete Beschluss des neuen Alleingeschafters über seine Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erfüllt nach seinem objektiven Inhalt die Voraussetzungen einer Satzungsänderung gemäß § 53 GmbHG. Daran ändert es nichts, dass eine entsprechende Überschrift fehlt.

2. Der Beklagte hat jedoch seine Amtspflichten bei der weiteren Abwicklung des Urkundsgeschäfts verletzt. **Da die Satzungsänderung in das Handelsregister einzutragen war, weil sie erst damit wirksam wurde (§ 54 Abs. 3 GmbHG), hatte der Beklagte diese Eintragung zu veranlassen (§ 53 BeurkG).** Dabei handelte es sich um eine unselbständige Amtspflicht zur Abwicklung des Urkundsgeschäfts (vgl. BGH, Urt. v. 12.7.1977 – VI ZR 61/76, WM 1977, 1259, 1260; v. 14.5.1992 – IX ZR 262/91, WM 1992, 1533, 1534).

a) Die Klägerin hat erstmals mit ihrer Revisionserwidern geltend gemacht, der Beklagte habe seine Amtspflicht verletzt, indem er bei der Anmeldung der Satzungsänderung zur Eintragung in das Handelsregister die Erfordernisse des § 54 Abs. 1, 2 GmbHG – i.V.m. § 10 Abs. 1 GmbHG – nicht beachtet habe (vgl. dazu BGH, Beschl. v. 16.2.1987 – II ZB 12/86, WM 1987, 1100, 1101). Dazu hat die Klägerin in den Vorinstanzen nichts vorgetragen. Sollte sie dies im weiteren Berufungsverfahren nachholen, so wird nach Stellungnahme des Beklagten durch das Berufungsgericht zu prüfen sein, ob insoweit eine schadenursächliche, schuldhaft Pflichtverletzung vorliegt.

b) Gemäß dem vorliegenden Sach- und Streitstand ist davon auszugehen, dass der geltend gemachte Steuerschaden auf die Rücknahme des Antrags auf Eintragung der Satzungsänderung in das Handelsregister zurückzuführen ist. Diese Schadenursache hat der Beklagte durch eine Amtspflichtverletzung bei der Abwicklung seines Urkundsgeschäfts herbeigeführt.

aa) Er hat pflichtwidrig gehandelt, wenn er den Antrag ohne Zustimmung des Geschäftsführers der Klägerin zurückgenommen hat (vgl. zum Weisungsrecht der Beteiligten im Rahmen des § 53 BeurkG: Keidel/Kuntze/Winkler, Freiwillige Gerichtsbarkeit – Teil B: BeurkG – 14. Aufl., § 53 Rdnr. 20).

bb) Hat der Beklagte – gemäß seiner Behauptung – den Eintragungsantrag zurückgenommen, weil er dazu vom Vater des Geschäftsführers der Klägerin oder vom Steuerberater B. der für die Klägerin tätigen Steuerberatungsgesellschaft namens und in Vertretung des Geschäftsführers der Klägerin angewiesen worden war, so hat er seine Amtspflicht zur allgemeinen Betreuung der Urkundsbeteiligten (§ 14 Abs. 1 BNotO) verletzt.

Eine solche Amtspflicht besteht dann, wenn der Notar nach den besonderen Umständen des Einzelfalls – vor allem wegen der rechtlichen Anlage oder der vorgesehenen Art der Durchführung des Geschäfts – Anlass zu der Vermutung haben muss, einem Beteiligten drohe ein Schaden, weil er sich wegen Unkenntnis der Rechtslage der Gefahr nicht bewusst ist (BGH, Urt. v. 7.2.1991 – IX ZR 24/90, WM 1991, 1046, 1049; v. 14.5.1992, a.a.O.).

Nach einer Weisung der Urkundsbeteiligten, den Antrag auf Eintragung der Satzungsänderung zurückzunehmen, hatte ein pflichtbewusster Notar Anlass zu der Besorgnis, den Beteiligten drohten Nachteile, weil sie die Rechtsfolgen nicht übersehen und bedenken konnten. Bei einer Rücknahme des Eintragungsantrags konnten die beurkundete Satzungsänderung und infolgedessen die erstrebte Befreiung des Geschäftsführers der Klägerin von den Beschränkungen des § 181 BGB nicht rechtswirksam werden (§ 54 Abs. 3 GmbHG). Dann waren die Vermögensinteressen der Klägerin und ihres Geschäftsführers gefährdet, weil Rechtsgeschäfte zwischen diesen grundsätzlich unwirksam waren (§ 181 BGB). Dies hätte der Beklagte erkennen und deswegen den Geschäftsführer der Klägerin über die Gefahr aufklären müssen. Eine entsprechende Belehrung ist unstreitig nicht erteilt worden.

cc) **Danach hat der Beklagte seine Amtspflicht verletzt, indem er entweder den Eintragungsantrag ohne Weisung zurückgenommen oder nach einer solchen Weisung den Geschäftsführer der Klägerin nicht über die damit verbundene Vermögensgefährdung belehrt hat.**

Die verletzte Amtspflicht hat für den Beklagten i.S.d. § 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO auch gegenüber der klagenden Gesellschaft bestanden. Diese war zwar an dem Urkundsgeschäft nicht unmittelbar beteiligt (§ 6 Abs. 2 BeurkG); sie war auch nicht mittelbar Beteiligte, weil sie dem Beklagten bei der Beurkundung keine eigenen Belange anvertraut hatte. **Die Klägerin war aber geschützte Dritte im Sinne dieser Vorschrift, weil ihre Interessen durch das Urkundsgeschäft nach dessen Art und Zweck berührt wurden** (vgl. BGHZ 58, 343, 353; BGH, Urt. v. 11.2.1983 - V ZR 300/81, WM 1983, 416, 417; v. 21.1.1988 - IX ZR 252/86, WM 1988, 545, 547; v. 14.5.1992, a.a.O.; v. 26.6.1997 - IX ZR 163/96, WM 1997, 1901, 1902).

dd) Die Amtspflichtverletzung des Beklagten beruht auf Fahrlässigkeit (§ 276 BGB). Er hätte bei Anwendung der für seinen Pflichtenkreis erforderlichen Sorgfalt die Pflichtwidrigkeit seines Verhaltens erkennen und die sich daraus ergebenden Nachteile für die Klägerin vermeiden können und müssen.

3. Eine Haftung des Beklagten wegen seiner fahrlässigen Amtspflichtverletzung anlässlich der Rücknahme des Eintragungsantrags entfällt dann, wenn die Klägerin **auf andere Weise Ersatz** des geltend gemachten Schadens erlangen kann (§ 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO). Die Revision rügt mit Erfolg, dass das Berufungsgericht einen Schadenersatzanspruch der Klägerin gegen ihre Steuerberaterin rechtsfehlerhaft verneint hat.

Die Klägerin hat das Fehlen einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit darzulegen und zu beweisen. Negative Anspruchsvoraussetzungen sind diejenigen Ersatzmöglichkeiten, die demselben Tatsachenkreis entspringen sind, aus dem sich die Schadenhaftung des Notars ergibt, und begründete Aussicht auf Erfolg bieten.

Ist eine solche andere Ersatzmöglichkeit nicht auszuschließen, so ist die Klage gegen den Notar als zurzeit unbegründet abzuweisen (BGH, Urt. v. 19.10.1995 - IX ZR 104/94, WM 1996, 30, 32). **Auch eine früher bestehende, schuldhaft versäumte Ersatzmöglichkeit kann die**

Notarhaftung wegen fahrlässiger Amtspflichtverletzung ausschließen (BGH, Urt. v. 22.6.1995 - IX ZR 122/94, WM 1995, 1883, 1885).

a) Entgegen der Ansicht der Revision hat das Berufungsgericht zu Recht angenommen, dass **die Steuerberaterin unter den besonderen Umständen des vorliegenden Falles nicht zu prüfen brauchte, ob die Leistungen der Klägerin an ihren Alleingeschäftsführer und -gesellschafter eine ordnungsmäßige Rechtsgrundlage hatten.**

Zwar hat der Steuerberater im Rahmen seines Auftrags den Mandanten umfassend zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten. Insbesondere muss der Steuerberater seinen Auftraggeber vor voraussehbaren und vermeidbaren Schäden bewahren. Deswegen hat der Steuerberater den nach den Umständen sichersten Weg zu dem erstrebten steuerlichen Ziel aufzuzeigen und sachgerechte Vorschläge zu dessen Verwirklichung zu unterbreiten. **Diese Aufgabe schließt die Pflicht ein, den Mandanten auf die Gefahr einer Steuerbelastung aus verdeckter Gewinnausschüttung hinzuweisen und dieser Gefahr durch geeignete Maßnahmen und Empfehlungen entgegenzuwirken** (BGH, Urt. v. 18.12.1997 - IX ZR 153/96, WM 1998, 301, 302).

Die Steuerberaterin hat jedoch, soweit als Grundlage steuerlicher Maßnahmen der Geschäftsführer und Gesellschafter der Klägerin von den Beschränkungen des § 181 BGB zu befreien war, den sichersten Weg gewählt, indem sie - gemäß dem eigenen Vorbringen des Beklagten - die Klägerin veranlasst hat, zur Bewältigung dieser zivilrechtlichen Aufgabe den fachkundigen Beklagten einzuschalten. **Auf dessen fehlerfreie Leistung durfte sich die Steuerberaterin bei der steuerlichen Beratung der Klägerin ohne Nachprüfung verlassen.**

Daran ändert es nichts, dass der von der Steuerberaterin entworfene Anstellungsvertrag zwischen der Klägerin und ihrem Geschäftsführer-Gesellschafter vor Eintragung der Satzungsänderung in das Handelsregister geschlossen worden ist. Wäre diese wie vorgesehen eingetragen worden, so hätte der Geschäftsführer der Klägerin diesen Vertrag mit zivil- und steuerrechtlicher Rückwirkung genehmigen können (§ 184 BGB; vgl. BFHE 181, 328, 332 f = NJW 1997, 1031 f; Zöllner, in: Baumbach/Hueck, GmbH-Gesetz 16. Aufl., § 35 Rdnr. 78 m.w.N.).

b) Zu Recht hat das Berufungsgericht auch einen Schadenersatzanspruch der Klägerin gegen die **Steuerberaterin insoweit verneint, als diese nicht zu einer Anfechtung der Steuerbescheide geraten hat**. Nach der damaligen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (*BFHE* 120, 200, 202; 164, 255, 256 = *NJW* 1991, 2039; vgl. *BFHE* 181, 328, 330 = *NJW* 1997, 1031) versprach ein solches Vorgehen keinen Erfolg.

c) Soweit die Revision eine anderweitige Ersatzmöglichkeit damit begründen will, dass die Klägerin **keine abweichende Steuerfestsetzung aus Billigkeitsgründen nach § 163 AO beantragt** habe, ist ein Erfolg versprechender Schadenersatzanspruch der Klägerin gegen ihre Steuerberaterin nach dem Vorbringen der Parteien in den Vorinstanzen nicht erkennbar. Nach dem Schreiben des Finanzamts an die Steuerberaterin vom 25.4.1997 hat sich diese um eine Ermäßigung der Steuerforderungen gegen die Klägerin bemüht.

d) Die Revision rügt jedoch zu Recht, dass das Berufungsgericht einen Schadenersatzanspruch der Klägerin gegen ihre Steuerberaterin nicht geprüft hat mit Rücksicht auf die Behauptung des Beklagten, der Steuerberater B. der **Steuerberatungsgesellschaft** habe im Namen der Klägerin und ihres Geschäftsführers **die Weisung zur Rücknahme des Eintragungsantrags erteilt. Sollte von der Richtigkeit dieses Vorbringens auszugehen sein, so kann der Klägerin ein Schadenersatzanspruch gegen die Steuerberatungsgesellschaft mit begründeter Erfolgsaussicht zustehen**.

Das Fehlen einer solchen anderweitigen Ersatzmöglichkeit hat die Klägerin, die diese Behauptung des Beklagten bisher lediglich ohne Beweis antritt bestritten hat, darzulegen und zu beweisen (vgl. *BGH*, *Urt. v. 19.10.1995, a.a.O.*). Diesen entscheidungserheblichen Gesichtspunkt hat die Klägerin erkennbar übersehen oder für unerheblich gehalten, nachdem der Beklagte sein entsprechendes Vorbringen erst in seiner Berufungsbegründung substantiiert hat. Deswegen muss der Klägerin noch Gelegenheit gegeben werden, insoweit ihren Vortrag zu ergänzen und Beweis anzutreten. Gegebenenfalls bedarf es einer tatrichterlichen Aufklärung.

4. Sollte das Berufungsgericht feststellen, dass die Klägerin keine anderweitige Ersatzmöglichkeit mit begründeter Erfolgsaussicht hat, so wird für das weitere Berufungsverfahren auf Folgendes hingewiesen:

a) Es ist dann die für eine Schadenersatzpflicht gemäß §§ 249 ff BGB bedeutsame Frage zu beantworten, was geschehen wäre, wenn der Beklagte sich pflichtgerecht verhalten hätte, und wie die Vermögenslage der Klägerin wäre. Diesen haftungsausfüllenden Ursachenzusammenhang zwischen der Amtspflichtverletzung des Beklagten und dem geltend gemachten Schaden hat die Klägerin darzulegen und gemäß § 287 ZPO zu beweisen (vgl. *BGH*, *Urt. v. 19.10.1995, a.a.O., m.w.N.*).

Im vorliegenden Fall kommt der Klägerin der **Beweis des ersten Anscheins** zugute (vgl. dazu *BGH*, *Urt. v. 27.5.1993 - IX ZR 66/92, WM* 1993, 1513, 1516). **Nach der Lebenserfahrung ist davon auszugehen, dass die Klägerin bei pflichtgemäßem Verhalten des Beklagten auf einer Eintragung der Satzungsänderung, die ihren Geschäftsführer-Gesellschafter von den Beschränkungen des § 181 BGB befreite, bestanden hätte, weil dies für sie eine vorteilhafte, einfache und billige Maßnahme war**. Das Registergericht hätte nach einer Klarstellung, dass eine ordnungsmäßige, einzutragende Satzungsänderung vorlag, diese eintragen müssen. Das hätte zur Folge gehabt, dass der Anstellungsvertrag der Klägerin mit ihrem Geschäftsführer-Gesellschafter durch dessen Genehmigung wirksam geworden wäre (§§ 53, 54 GmbHG, 181, 184 BGB), die vertraglichen Vergütungsleistungen nicht als verdeckte Gewinnausschüttungen gewertet worden und keine Mehrsteuern angefallen wären (*BFHE* 181, 328, 330 ff = *NJW* 1997, 1031 f).

b) Der geltend gemachte Steuerschaden wäre dem Beklagten haftungsrechtlich zuzurechnen. Es liegt nicht außerhalb aller Lebenserfahrung, dass Leistungen einer GmbH aufgrund eines unwirksamen Anstellungsvertrages mit ihrem Geschäftsführer-Gesellschafter von der Finanzbehörde als verdeckte Gewinnausschüttung gewertet werden und deswegen Mehrsteuern auslösen (vgl. *BFHE* 120, 200, 202; 164, 255, 256 = *NJW* 1991, 2039; *BFHE* 181, 328, 330 = *NJW* 1997, 1031). Eine solche adäquate Schadenfolge fällt bei wertender Betrachtung in den Schutzbereich der verletzten Amtspflicht, weil diese gerade darauf abzielte, eine sichere Rechtsgrundlage für den Geschäftsführer-Gesellschafter der Klägerin durch Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB zu schaffen (vgl. *BGHZ* 138, 359, 362; *BGH*, *Urt. v. 8.7.1993 - IX ZR 222/92, WM* 1993, 1962, 1966, insoweit nicht abgedruckt in: *BGHZ* 123, 178; v. 11.7.1996 - IX ZR 116/95, *WM* 1996, 2074, 2077).

c) Ein **Mitverschulden (§ 254 BGB)**, das der Beklagte darzulegen und zu beweisen hat (vgl. BGHZ 91, 243, 260), entfällt insoweit, als die Revision der Klägerin vorwirft, ihr Geschäftsführer hätte eine Satzungsänderung, die ihm das Selbstkontrahieren gestattete, in das Handelsregister eintragen lassen und sodann den Anstellungsvertrag rückwirkend genehmigen können, nachdem er folgende Eintragungsmitteilung des Registergerichts erhalten hatte: „E.G. ist nicht mehr Geschäftsführerin. T.G. wurde zum Geschäftsführer bestellt. Er ist stets alleinvertretungsberechtigt.“

Der rechtsunkundige Geschäftsführer der Klägerin konnte ohne rechtliche Beratung, die der Beklagte nicht erteilt hat, aus dieser gerichtlichen Mitteilung nicht ableiten, dass die von der Revision geforderten Maßnahmen notwendig waren, um sich und die Klägerin vor Schäden zu bewahren.

d) Die Höhe der Steuernachteile für 1992 und 1993, auf die sich die Klägerin den Vorteil ihres Alleingeschafters bei seiner persönlichen Einkommensteuerschuld anrechnen lässt (vgl. dazu BGH, Urt. v. 18.12.1997, a.a.O., 303; Schmitz/Wichmann, DB 1999, 732 f; Wagner/Hermann, BB 1999, 608), **ist streitig und wäre daher aufzuklären.**

III.

1. a) Der Freistellungsantrag zu 2, der die der Höhe nach noch unbekannte Körperschaftsteuer auf eine Schadenersatzleistung des Beklagten betrifft (vgl. dazu BGH, Urt. v. 18.12.1997, a.a.O., 304), enthält nicht den für eine Leistungsklage erforderlichen bestimmten Klageantrag (§ 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO; vgl. BGH, Urt. v. 4.6.1996 - VI ZR 123/95, NJW 1996, 2725, 2726). Dieser kann allerdings als Feststellungsantrag aufrechterhalten werden (vgl. BGH, Urt. v. 11.11.1993 - IX ZR 47/93, WM 1994, 360, 361). Dies kann die Klägerin im weiteren Berufungsverfahren noch klarstellen. Das gilt auch für den Freistellungsantrag zu 4, der sich auf unbezifferte Stundungszinsen bezieht.

b) In der Sache wird für die Klageanträge zu 2 bis 5 auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen, die entsprechend zu berücksichtigen sind. Für den Klageanspruch zu 3 auf Ersatz von Steuerberaterkosten, die nach dem - bestrittenen - Vorbringen der Klägerin infolge der Amtspflichtverletzung des Beklagten angefallen sind, ist zu beachten, dass solche Kosten adäquate

Folgen der Amtspflichtverletzung insoweit sind, als sie aus verständiger Sicht der Klägerin zur Wahrung ihrer Interessen erforderlich und zweckmäßig waren (vgl. BGH, Urt. v. 8.11.1994 - VI ZR 3/94, NJW 1995, 446, 447).

Den Feststellungsantrag zu 5 hat die Klägerin auf einen etwaigen Steuerschaden für 1994 bis einschließlich Mai jenes Jahres beschränkt, weil sie am 25.5.1994 den Gesellschaftsvertrag geändert habe, nachdem sie aufgrund der Schlussbesprechung vom 29.4.1994 im Rahmen der Außenprüfung von der Unwirksamkeit des Anstellungsvertrages erfahren habe.

2. Sollte das Berufungsgericht nach der erforderlichen Sachaufklärung über die bezifferten Leistungsansprüche durch Grundurteil (§ 304 Abs. 1 ZPO) entscheiden wollen, so wäre zugleich durch Teilurteil (§ 301 ZPO) über die unbezifferten Klagebegehren zu befinden, um die Gefahr einander widersprechender Erkenntnisse auszuschließen (vgl. BGH, Urt. v. 8.12.1994 - IX ZR 254/93, NJW 1995, 2106 f; v. 4.2.1997 - VI ZR 69/96, NJW 1997, 1709, 1710).

Anwaltshaftung

- Arbeitsrecht
- Kündigungsschutzklage
- Personenbedingte Kündigung, Krankheit (OLG Frankfurt, Urt. v. 29.10.1998 - 1 U 127/97)

Leitsatz:

Anwaltpflichten im Rahmen einer Kündigungsschutzklage. Zu den Voraussetzungen der Kündigung eines Arbeitsvertrages wegen krankheitsbedingter Fehlzeiten.

Aus den Gründen:

Die Berufung ist nicht begründet. Der Kläger hat gegen den Beklagten keinen Anspruch auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung oder Schlechterfüllung des Mandats, welches er dem Beklagten im Zusammenhang mit der Kündigung seines Arbeitsverhältnisses erteilt hat.

Es kann offen bleiben, ob der Kläger den Beklagten bei der Besprechung am 6.11.1995 beauftragt hat, Kündigungsschutzklage gegen die Kündigung des Arbeitsverhältnisses zu erheben.

Denn dem Kläger steht selbst dann kein Anspruch auf Schadenersatz zu, wenn er dem Beklagten einen entsprechenden Klageauftrag erteilt hat. Durch die Nichterfüllung des – unterstellten – Auftrages ist dem Kläger kein Schaden entstanden.

Die Kündigung war rechtswirksam. Sie war als personenbedingte Kündigung gerechtfertigt, weil der Kläger in der Vergangenheit wiederholt gefehlt hatte, **auch in Zukunft bei objektiver Vorausschau häufige Fehlzeiten zu gewärtigen waren und hierdurch der Betriebsablauf empfindlich gestört wurde** (BAG, Urt. v. 23.6.1983 – 2 AZR 15/82, NJW 1984, 1836; Schaub, Arbeitsrechtshandbuch 7. Aufl., § 129 8; Hueck/v. Hoynin-gen-Huene 12. Aufl., Kündigungsschutzgesetz, § 1 Rz. 220 ff).

Der Kündigungsgrund besteht aus der negativen Gesundheitsprognose und den deshalb zu erwartenden betrieblichen oder wirtschaftlichen Beeinträchtigungen. Die negative **Gesundheitsprognose**, für die auf den Zeitpunkt der Kündigung abzustellen ist (BAG, Urt. v. 15.8.1984 – 7 AZR 536/82, NJW 1985, 2783; Schaub, Arbeitsrechtshandbuch 7. Aufl., § 129 8) ergibt sich aus Art, Dauer und Häufigkeit der bis zur Kündigung vom 30.10.1995 entstandenen Ausfallzeit.

Der Kläger fehlte krankheitsbedingt im Jahre 1992 37 Arbeitstage, 1993 103 Arbeitstage, 1994 42 Arbeitstage und in der Zeit von Januar bis Oktober 1995 106 Arbeitstage. Das entspricht – bezogen auf 230 Arbeitstage im Jahr – Fehlzeiten von 16% in 1992, 45% in 1993, 18% in 1994 und 55% in 1995. **Die durchschnittliche Fehlzeit in dem fast 3 Jahre langen Gesamtzeitraum von Januar 1992 bis Oktober 1995 beläuft sich damit auf etwa 40%.** Das BAG hat als dem Arbeitgeber nicht mehr zuzumutende Fehlzeiten von über 30%, 23% und sogar 14% angenommen (Nachweise bei Schaub, Arbeitsrechtshandbuch 7. Aufl., § 129 28).

Art und Dauer der Erkrankungen des Klägers rechtfertigten im Zeitpunkt der Kündigung die Prognose, dass auch zukünftig häufige Fehlzeiten zu erwarten waren.

Aus dem ärztlichen Attest des Dr. B. vom 1.10.1998 ergibt sich, dass der Kläger außer grippalen Infekten, Bronchitis und Laryngitis auch wiederholt an Magenerkrankungen (Gastritis, Gastroenteritis) und Erkrankungen im Bereich der Wirbelsäule (HWS-Syndrom, LWS-Syndrom) litt.

Insbesondere die wiederholt aufgetretenen Erkrankungen der Wirbelsäule führten zu länger anhaltenden Fehlzeiten. So war der Kläger wegen HWS- und LWS-Syndrom erkrankt in der Zeit vom 6.7.1993 bis 11.10.1993, 19.6.1995 bis 7.7.1995 und vom 14.8.1995 bis zum 21.8.1995. Hinzu trat in der Zeit vom 22.8.1995 bis 15.9.1995 eine Fehlzeit wegen Distorsion des linken Oberschenkelgelenkes. Insbesondere die wiederholten und längere Zeit anhaltenden Erkrankungen der Wirbelsäule rechtfertigten zur Zeit der Kündigung eine negative Gesundheitsprognose.

Selbst dann, wenn man entgegen der Rechtsprechung des BAG die Entwicklung des Gesundheitszustandes des Klägers in dem Zeitraum zwischen der Kündigung und der für den Fall pflichtgemäßer Erfüllung des Anwaltsvertrages zu fingierenden mündlichen Verhandlung vor dem Arbeitsgericht berücksichtigt, ergibt sich keine Korrektur der negativen Gesundheitsprognose.

Zwar sind weitere Erkrankungen der Wirbelsäule in diesem Zeitraum nicht bekannt. Der Kläger war jedoch arbeitsunfähig krank in der Zeit vom 20.11.1995 bis 1.12.1995 (fieberhafter grippaler Infekt), 4.12.1995 bis 8.12.1995 (Bronchitis) und vom 15.1.1996 bis 23.2.1996 (Bronchopneumonie). Selbst wenn die Infektionskrankheiten des Klägers seit dem 23.2.1996 ausgeheilt waren, musste für die Zukunft doch weiterhin mit Erkrankungen im Bereich der Wirbelsäule gerechnet werden, die typischerweise auf degenerativen Veränderungen beruhen.

Zu Recht hat das LG angenommen, dass zu gewärtigen war, dass die bei prognostischer Beurteilung auch in Zukunft zu erwartenden Erkrankungen des Klägers den Betriebsablauf empfindlich stören. Bei der erforderlichen Interessenabwägung fällt nicht zugunsten des Klägers ins Gewicht, dass die Infektionskrankheiten nach seiner Behauptung Folge der Arbeitsbedingungen im Vulkanisierungsbetrieb seiner ehemaligen Arbeitgeberin waren.

Denn nach Art und Dauer der Erkrankungen ergibt sich die negative Gesundheitsprognose nicht in erster Linie aus Infektionskrankheiten, sondern aus den Erkrankungen der Wirbelsäule.

Auch wenn man zugunsten des Klägers die Länge seiner Betriebszugehörigkeit mit einem 10 Jahre lang ungestörten Arbeitsverhältnis und

seine Unterhaltspflicht für Ehefrau und zwei minderjährige Kinder berücksichtigt, erscheint seine Schutzwürdigkeit dadurch eingeschränkt, dass er sich mit 32 Jahren in einem vermittlungsfähigen Alter befand und bereits zur Zeit der Kündigung seine wirtschaftliche Existenz als selbständiger Blumenhändler gegründet hatte.

Danach hätte die Interessenabwägung im Kündigungsschutzprozess die soziale Rechtfertigung der Kündigung ergeben, so dass der Kläger die Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung nicht hätte erreichen können.

Dem gemäß wäre der geltend gemachte Schaden von 24.000 DM wegen der verminderten Einkünfte ab April 1996, die der Kläger auf monatlich 1.400 DM beziffert, auch dann entstanden, wenn der Beklagte fristgerecht Kündigungsschutzklage für den Kläger erhoben hätte.

Infolge der Nichterhebung der Kündigungsschutzklage innerhalb der Frist nach § 4 Kündigungsschutzgesetz ist dem Kläger auch nicht dadurch ein Schaden entstanden, dass ihm eine Abfindungszahlung seiner früheren Arbeitgeberin entgangen ist. Im Hinblick auf die Unbegründetheit der Kündigungsschutzklage fehlt jeglicher Anhaltspunkt dafür, dass die frühere Arbeitgeberin des Klägers im Vergleichswege zur Zahlung eines Abfindungsbetrages bereit gewesen wäre.

Der Kläger kann von dem Beklagten Schadenersatz wegen Schlechterfüllung des Anwaltsvertrages auch nicht deshalb verlangen, weil der Beklagte es unterlassen hat, ein **Vergleichsangebot** der früheren Arbeitgeberin des Klägers i.H.v. 14.000 DM anzunehmen. Nach dem Sachvortrag des Klägers hatte ihm seine Arbeitgeberin im Oktober 1995 die Zahlung von 14.000 DM im Rahmen eines Vergleichs angeboten, wonach der Kläger nach Ablauf der Kündigungsfrist aus dem Betrieb ausscheiden sollte.

Dieses Angebot war jedoch erloschen, da der Kläger die Annahme des Vergleichs abgelehnt hatte, wie auch die Kündigungserklärung zeigt.

Es erscheint ausgeschlossen, dass die frühere Arbeitgeberin des Klägers dieses Angebot nach der rechtswirksamen Kündigung des Arbeitsvertrages erneuert hätte, wenn der Beklagte mit ihr bei rechtzeitiger Erhebung der Kündigungsschutzklage in Verhandlungen eingetreten wäre.

Steuerberaterhonorar/ Steuerberaterhaftung

- Verjährung, Buchführungshonorar
- Fälligkeit
- Verschmelzung, Unterkapitalisierung
- Rechtsangelegenheit
- Umbuchungen, Nachbesserungsrecht des StB (OLG Hamm, Urt. v. 11.12.1998 - 25 U 75/98)

Leitsätze (d. Red.):

1. Das Buchführungsmandat ist regelmäßig erst mit Feststellung des Jahresumsatzes erledigt; danach kann erstmals die Fälligkeit des Honoraranspruchs eintreten (§§ 7, 33 StBGebV, 196 Abs. 1 Ziff. 15, 198, 201 BGB).

2. Die Verschmelzung und deren Eintragung gemäß §§ 16 ff UmwG stellt keine Angelegenheit des Steuerberaters dar, sondern ist eine Rechtsangelegenheit.

3. Bei Fehlern in Buchführungsarbeiten muss dem Steuerberater zunächst ein Recht zur Nachbesserung eingeräumt werden.

Aus den Gründen:

Die Berufung ist im Wesentlichen unbegründet. Dem Kläger steht das Steuerberaterhonorar in Höhe des vom Landgericht zuerkannten und rechnerisch nunmehr unstreitigen Betrages von 28.535,64 DM zu.

1. Dieser Honoraranspruch ist nicht verjährt, und zwar auch nicht im Hinblick auf die für das Jahr 1993 verrichteten Buchführungsarbeiten. Gemäß §§ 196 Abs. 1 Ziff. 15, 198, 201 BGB beginnt die Verjährung mit dem Schluss des Jahres, in welchem der Anspruch entstanden, d.h. fällig geworden ist. Für Honorarforderungen des Steuerberaters bestimmt sich die **Fälligkeit nach § 7 StBGebV. Danach wird die Vergütung fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendet ist.**

„Angelegenheit“ im Sinne der genannten Bestimmung ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, welcher sich der Senat anschließt (u.a. BGH, DStR 1998, 3), die gebührenrechtliche Zusammenfassung einer oder mehrerer Einzeltätigkeiten zu einer „gebührenrechtlichen Einheit“ i.S.d. § 12 StBGebV (vgl. dazu auch Eckert/Böttcher, Steuerberaterverordnung, Anm. 2 zu § 12).

Für Buchführungsarbeiten sieht § 33 StBGebV zwar eine monatliche Abrechnung vor. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Buchführungstätigkeit als monatliche Angelegenheit i.S.d. § 7 zu bewerten wäre mit der Folge, dass die Fälligkeit jeweils monatlich eintreten würde. Letzteres mag zwar dann gelten, wenn der Steuerberater beauftragt worden ist, die Buchführung nur für einzelne Monate zu erstellen. **Bezieht sich der Auftrag dagegen, wie auch im vorliegenden Fall, auf die fortlaufende Buchführung für das gesamte Abrechnungsjahr, so ist die Buchführung, ebenso wie die Jahresabschlüsse, als Jahresangelegenheit zu werten mit der Folge, dass die Verjährung für den gesamten Honoraranspruch erst im darauf folgenden Jahr zu laufen beginnt.**

Dies ergibt sich schon aus § 33 Ziff. 6 StBGebV, wonach der Gegenstandswert – und damit die Berechnungsgrundlage für das Buchführungshonorar – der Jahresumsatz ist. **Da der Jahresumsatz erst am Ende des jeweiligen Jahres feststeht, folgt hieraus zwangsläufig, dass die in § 33 Ziff. 1 vorgesehene monatliche Abrechnung nur eine vorläufige sein kann, die zunächst nur für etwaige Abschlagsrechnungen maßgeblich ist, während die endgültige Abrechnung der Buchführungstätigkeit erst nach Feststellung des Jahresabschlusses möglich ist.**

Auch im vorliegenden Fall ist es so gehandhabt worden, dass der Beklagte jeweils monatlich Abschlagsrechnungen erteilt hat und die endgültige Abrechnung erst im darauf folgenden Jahr nach der Feststellung des Gegenstandswertes erfolgt ist. Dies ergibt sich u.a. aus der Rechnung vom 26.6.1996, in welcher monatliche Abschlagszahlungen von 242 DM aufgeführt sind. Der Abschluss der Buchführungsarbeiten sowie die Feststellung des Jahresabschlusses als Grundlage für die Honorarberechnung ist daher jedenfalls nicht vor Anfang 1994 erfolgt, so dass die zweijährige Verjährungsfrist des § 196 Abs. 1 Ziff. 15 gemäß §§ 198, 201 BGB erst Ende des Jahres 1994 zu laufen begonnen hat und durch den noch am 30.12.1996 bei Gericht eingegangenen Antrag auf Erlass eines Mahnbescheides gemäß § 209 Abs. 2 Ziff. 1 BGB i.V.m. § 693 Abs. 2 ZPO unterbrochen worden ist.

2. Ohne Erfolg bleibt auch die **Aufrechnung mit vermeintlichen Schadenersatzansprüchen** gegen den Kläger aus positiver Vertragsverletzung des Steuerberatervertrages, wobei nur noch die Aufrechnung mit dem aus eigenem Recht geltend gemachten Schadenersatzanspruch

wegen der gescheiterten Verschmelzung im Streit steht, nachdem der Beklagte den Schadenersatzanspruch aus abgetretenem Recht in diesem Verfahren nicht mehr geltend macht.

Was den noch streitgegenständlichen Schadenersatzanspruch aus eigenem Recht betrifft, so ist schon zweifelhaft, ob dem Kläger im Zusammenhang mit der gescheiterten Verschmelzung aufgrund des Vertrages vom 11.1.1995 überhaupt eine Pflichtverletzung zur Last gelegt werden kann. Denn immerhin hat der Kläger schon aufgrund der Bilanz für das Jahr 1993 auf einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 318.741,19 DM hingewiesen und den Abschluss eines Darlehensvertrages über ein Kapital ersetzendes Darlehen i.H.v. 500.000 DM angeraten, der zwischen der Klägerin und der Firma ... auch abgeschlossen, unstrittig aber nicht vollzogen worden ist, **so dass dem Geschäftsführer der Beklagten das Risiko, dass die ins Auge gefasste Verschmelzung wegen der Unterdeckung scheitern würde, bei Abschluss des Verschmelzungsvertrages durchaus bekannt war.**

Im Übrigen stellt die Verschmelzung und deren Eintragung gemäß §§ 16 ff Umwandlungsgesetz keine Angelegenheit des Steuerberaters, sondern eine Rechtsangelegenheit dar, so dass es Sache des den Vertrag vom 11.1.1995 beurkundenden Notars gewesen wäre, den Geschäftsführer der Beklagten auf das Risiko hinzuweisen, dass bei der damals bereits bekannten Unterkapitalisierung die Eintragung der Verschmelzung abgelehnt werden würde.

Im Ergebnis kann dies jedoch dahinstehen, da selbst dann, wenn eine Pflichtverletzung des Klägers insoweit vorliegen würde, ein Schadenersatzanspruch jedenfalls daran scheitert, dass **dem Kläger keine Gelegenheit zur Nachbesserung gegeben worden ist.**

Der Senat geht in ständiger Rechtsprechung (u.a. Urt. v. 18.3.1988 – 25 U 103/87, DStR 1987, 170, Gl 1988, 136) davon aus, dass dem Steuerberater – wenn und soweit seine Leistungen nachbesserungsfähig sind – entsprechend §§ 633 Abs. 2, 634 BGB ein Nachbesserungsrecht zusteht, und zwar unabhängig davon, ob die Tätigkeit des Steuerberaters, aufgrund deren Schadenersatz verlangt wird, als dienstvertraglich oder werkvertragsrechtlich zu qualifizieren ist (ebenso Gräfe/Lenzen/Schmeer, Steuerberaterhaftung 3. Aufl., Rdnr. 541, 596; OLG Köln, Urt. v. 13.12.1982 – 1 U 26/82; Urt. v. 11.2.1976 –

16 U 97/75; OLG Düsseldorf, GI 1993, 45, 47; 1997, 45; Urt. v. 27.2.1997 - 13 U 23/96; OLG Frankfurt, Stbg 1994, 283; Staudinger/Peters, vor § 631 ff Rdnr. 31).

Dies gilt insbesondere für Buchführungsarbeiten, bei denen Fehler nicht immer zu vermeiden sind und bei denen eine Nachbesserung durch den in Anspruch genommenen Steuerberater nicht nur kostengünstiger, sondern auch schneller ist als durch einen Steuerberater, der sich erst noch einarbeiten muss, so dass das Nachbesserungsrecht letztlich dem Interesse beider Beteiligten dient (Gräfe, a.a.O., Rdnr. 541).

Im vorliegenden Fall macht die Beklagte geltend, dass ihr Kosten dadurch entstanden seien, dass die Buchführung, die im Hinblick auf die ins Auge gefasste Verschmelzung zunächst nur bei der Firma ... erfasst worden sei, nachträglich auf die Beklagte habe umbucht werden müssen. Auch hier hätte der Kläger ohne weiteres die Möglichkeit gehabt, die anfallenden Umbuchungen selbst zu erledigen bzw. durch seine Angestellten erledigen zu lassen, was hier besonders deshalb nahe liegt, da ihm die Buchungsvorgänge an sich bekannt waren und es nur um eine Umbuchung ging. Dass der Kläger hierzu Gelegenheit bekommen hat, wird von Seiten der Beklagten nicht behauptet. (...)

Treuhandkonto

- Steuerberater
 - Kontoinhaber
 - Aufklärungspflicht der Bank
- (LG Hanau, Urt. v. 11.12.1998 - 2 S 414/98)

Leitsätze (d. Red.):

1. Das offene Treuhandkonto verpflichtet den Treuhänder als Inhaber des Kontos gegenüber der Bank.
2. Die Bank trifft kein Verschulden, wenn sie den Steuerberater nicht auf die Möglichkeit eines Eigenkontos des Treugebers mit Verfügungsbefugnis des Beraters hingewiesen hat.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin begehrt von dem Beklagten den Ausgleich des Negativsaldos eines Girokontos.

Der Beklagte war Steuerberater des Transportunternehmens B. GbR, den in diesem Prozess Streitverkündeten. Im Jahre 1993 war die finanzielle Lage der Streitverkündeten angespannt und sie benötigten über bereits vorhandene umfangreiche Verbindlichkeiten gegenüber der Klägerin hinaus ein Darlehen in Höhe von rund 150.000 DM. Der Beklagte war bei den Verhandlungen teilweise zugegen und erklärte sich bereit, den ausgezahlten Kredit für die Streitverkündeten zu verwalten. Der Beklagte unterzeichnete am 17.5.1993 einen Antrag auf Eröffnung eines Girokontos bei der Klägerin, in welchem er als Inhaber des Kontos bezeichnet ist.

Der Beklagte unterzeichnete auf Veranlassung der Klägerin seine Zustimmung zur Einholung einer Schufa-Auskunft über seine Person. Der Antrag enthält ferner den Zusatz „w-Treuhandkto. B. GbR“. Auf dieses Konto wurde nachfolgend das Darlehen für die Streitverkündeten zur Begleichung verschiedener Verbindlichkeiten ausgezahlt.

Der Beklagte wies die Klägerin zu verschiedenen Auszahlungen von diesem Konto an Gläubiger der Streitverkündeten an. Ab dem Frühjahr 1994 wurde das Konto überzogen und die Klägerin forderte den Beklagten jedenfalls mit Schreiben vom 21.6.1996 unter Fristsetzung bis zum 28.6.1996 zum Ausgleich des Kontos auf. Die Klägerin kündigte das Konto und rechnete am 30.6.1996 das Konto mit einem negativen Schlussaldo von 9.735 DM ab, den sie mit der vorliegenden Klage vom Beklagten verlangt.

Die **Klägerin** hat **behauptet**, der Beklagte sei bei Unterzeichnung des Vertrages darauf hingewiesen worden, dass er persönlich für das Konto hafte. Der **Beklagte** hat **behauptet**, es habe sich ausschließlich um ein „Treuhandkonto“ für die Streitverkündeten gehandelt. Nicht er, sondern die Streitverkündeten seien wirtschaftlich Kontoinhaber. Mit den Streitverkündeten sei außerdem vereinbart gewesen, dass die Klägerin sich wegen des Saldos aus dem Girokonto an die von den Streitverkündeten wegen des Kredits gewährten Sicherheiten halten solle.

Das Amtsgericht hat die Klage nach Beweiserhebung aufgrund des Beweisbeschlusses vom 8.5.1998 durch Vernehmung der Zeugen ... abgewiesen. Es hat dies zum einen damit begründet, dass aufgrund der Beweisaufnahme feststehe, dass es sich wirtschaftlich um ein Konto der Streitverkündeten gehandelt habe, an dem der Beklagte kein eigenes wirtschaftliches Interesse

gehabt habe. Das Konto habe nur den Zweck gehabt, das Vermögen der Streitverkündeten zu verwalten. Zum anderen dürfe die Klägerin den Beklagten auch aus dem Gesichtspunkt von Treu und Glauben nicht in Anspruch nehmen, weil nach Sinn und Zweck der Gesamtvereinbarung die Klägerin der Verwaltung des Beklagten richtigerweise durch Einrichtung eines Anderkontos oder durch Einräumung der alleinigen Vollmacht auf einem Eigenkonto der Streitverkündeten habe Rechnung tragen müssen.

Hiergegen richtet sich die Berufung der Klägerin, die an ihrer erstinstanzlich vertretenen Rechtsauffassung festhält und darauf hinweist, dass ein Kontoabschluss des Beklagten als Vertreter der Streitverkündeten schon deshalb nicht vorliege, weil sonst die Streitverkündeten als Inhaber auch selbst über das Konto hätten verfügen können.

Die Berufung ist zulässig, insbesondere ist sie form- und fristgerecht eingelegt und begründet worden. Die Berufung ist in der Sache auch begründet.

Aus den Gründen:

Der Klägerin steht gegen den Beklagten ein Anspruch auf Zahlung von 9.735 DM aus den §§ 670, 675 BGB zu. Beim Vertrag mit einer Bank über ein Girokonto handelt es sich um einen Geschäftsbesorgungsvertrag i.S.v. § 675 BGB. Einer Bank steht aus diesem Vertrag ein Anspruch auf Ersatz der auf berechnete Anweisung des Verfügungsberechtigten vorgenommenen Zahlungen an Dritte aus § 670 BGB zu.

Der Beklagte ist Vertragspartner des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Klägerin und damit Schuldner des Anspruchs aus § 670 BGB. Der Beklagte ist, indem er selbst den ihn als Kontoinhaber ausweisenden Kontoeröffnungsantrag und die Schufa-Klausel unterschrieben hat, nach dem äußeren Anschein gegenüber der Klägerin als Kontoinhaber und damit als Gläubiger des Geschäftsbesorgungsvertrages aufgetreten.

Im Rahmen der Auslegung, wer Inhaber eines Girokontos ist, kommt der Bezeichnung des Kontoinhabers bei der Eröffnung des Kontos in der Regel besonderes Gewicht zu (BGH, NJW 1996, 840). Der Beklagte wäre nur dann nicht Vertragspartner des die Führung des Girokontos beinhaltenden Geschäftsbesorgungsvertrages,

wenn er den Vertrag im Namen der Streitverkündeten abgeschlossen hätte. Hierfür trifft ihn die Darlegungs- und Beweislast.

Denjenigen, der bei der Vornahme eines Rechtsgeschäfts selbst gehandelt hat und sich später auf ein Vertretergeschäft beruft, trifft nach dem Rechtsgedanken des § 164 Abs. 2 BGB die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass er bei der Vornahme des Rechtsgeschäfts in fremdem Namen gehandelt hat (vgl. Palandt/Heinrichs, § 164 Rdnr. 18). Ein aus der Sicht der Klägerin erkennbarer Abschluss des Vertrages im Namen der Streitverkündeten ergibt sich weder aus den Umständen noch aus der Beweisaufnahme des Amtsgerichts.

1. Der sowohl auf dem Kontoeröffnungsantrag als auch auf späteren Auszügen enthaltene **Zusatz „Treuhandkonto B. GbR“ steht der Annahme, dass der Beklagte selbst Inhaber des Girokontos ist, nicht entgegen.** Mit diesem Zusatz wird im Geschäftsverkehr allgemein nur ausgedrückt, dass ein Vertragsverhältnis auf fremde Rechnung eingegangen wird.

Für die echte Treuhand ist es typisch, dass der Treuhänder eine Verbindlichkeit im eigenen Namen, aber auf fremde Rechnung eingeht.

Der Zusatz weist das Konto lediglich als so genanntes **offenes Treuhandkonto** aus, welches der Bank eine Aufrechnung mit Ansprüchen gegen den Treuhänder verbietet und bei einer Pfändung durch Gläubiger des Treuhänders dem wirtschaftlich Berechtigten die Drittwiderspruchsklage ermöglicht.

Eine weit verbreitete Ausprägung eines solchen Treuhandkontos ist das Anderkonto, welches sowohl von Notaren als auch von Angehörigen der steuerberatenden Berufe eröffnet werden kann. Aus solchen Konten ist der Inhaber des Kontos allein berechtigt und verpflichtet (vgl. Baumbach/Hopt, HGB, AGB-Anderkonten (9), Einl. Rdnr. 7 sowie b) Ziffer 1 der Geschäftsbedingungen für Anderkonten und Anderdepots). Zur Aufnahme des Zusatzes „Treuhandkonto“ war der Beklagte im Übrigen nach § 44 Abs. 1 Berufsordnung der Steuerberater standesrechtlich verpflichtet.

2. Ein Handeln des Beklagten im Namen der Streitverkündeten ergibt sich auch nicht aus den weiteren Umständen (§ 164 Abs. 1 Satz 2 BGB) und der Vorgeschichte der Kontoeröffnung.

Das Amtsgericht hat aufgrund der Aussage des Zeugen R. festgestellt, dass die Klägerin dem

Kreditwunsch der Streitverkündeten zunächst nicht nachkommen wollte und die Zusage des Kredites von der kaufmännischen Unterstützung und Verwaltung der geschäftlichen Angelegenheiten durch den Beklagten abhängig gemacht hat. Es hat weiter festgestellt, dass es zur Wahrnehmung dieser Aufgabe des Beklagten erforderlich war, dass ausschließlich er die finanziellen Angelegenheiten der Streitverkündeten in der Hand hatte und dass die Streitverkündeten über die eingehenden und die von der Klägerin zur Verfügung gestellten Gelder nicht selbst verfügen sollten.

Dieses Ziel hätte zwar auch dadurch erreicht werden können, dass die Streitverkündeten ein Konto als Kontoinhaber eröffnen, für welches durch besondere Vereinbarungen sichergestellt ist, dass nur der Beklagte Anweisungen für Kontobewegungen hätte geben können. Diesen Weg haben die Beteiligten aber gerade nicht gewählt.

Die sich aus dem Kontoeröffnungsantrag ergebende und gewählte **Form des offenen Treuhandkontos** konnte dieses Ziel in gleicher Weise erreichen. Würde man diesen Vertragsschluss dahin interpretieren, dass entgegen der Bezeichnung im Eröffnungsantrag die Streitverkündeten Kontoinhaber sein sollen, so würde das angestrebte Ziel gerade nicht erreicht. Die Streitverkündeten wären dann nämlich als Kontoinhaber neben dem Beklagten selbst verfügungsbefugt gewesen, was nach dem erklärten Ziel der Klägerin gerade nicht der Fall sein sollte. Aus der Sicht der Klägerin konnte das Verhalten des Beklagten deshalb keinesfalls so verstanden werden, dass nicht er selbst Kontoinhaber und Haftender sein sollte.

3. Auch die erstinstanzliche Beweisaufnahme hat keine Tatsachen ergeben, die darauf schließen lassen, dass die Klägerin davon ausgehen musste, dass nicht der Beklagte, sondern die Streitverkündeten Inhaber des Girokontos sein sollen. Die Aussagen der Zeugen B., dass es sich um „ein Treuhandkonto für die Firma B.“ handeln sollte, steht nach den Ausführungen unter 1. der Annahme eines Handelns im eigenen Namen gerade nicht entgegen.

Die Zeugen bestätigen nur laienhaft, dass es wirtschaftlich um Gelder der B. GbR geht. Die Aussage des Zeugen W. bestätigt sogar die hier getroffene Auslegung. Dieser hat ausgesagt, dass der Beklagte zunächst ein Konto eröffnen wollte, bei dem seine eigene Haftung ausgeschlossen

ist, und ihm aber gesagt worden sei, dass dies nicht möglich sei.

Der Geltendmachung der Forderung durch die Klägerin steht auch nicht der Einwand des Verstoßes gegen Treu und Glauben (§ 242 BGB) entgegen. Soweit der Beklagte diesen Einwand darauf stützt, dass die Bank sich wegen des Saldos aus den von der B. GbR für den Kredit gegebenen Sicherheiten hätte befriedigen können, ist dies nicht nachvollziehbar. Solche Sicherheiten werden im Allgemeinen akzessorisch für eine bestimmte Hauptschuld eingeräumt. Eine Erweiterung des Zwecks dieser Sicherheiten auch auf das Saldo auf dem Girokonto hat der Beklagte weder konkret vorgetragen noch ist eine solche von den Zeugen B. bestätigt worden.

Der Klägerin kann auch kein „Mitverschulden“ darin angelastet werden, dass sie den Beklagten nicht auf die Möglichkeit eines Eigenkontos der Streitverkündeten, für welches der Beklagte die Verfügungsbefugnis erhält, hingewiesen hat. Der Abschluss eines Treuhandkontos, aus welchem der Treuhänder persönlich haftet, ist in der Geschäftswelt und für die Berufsgruppe des Beklagten durchaus üblich. Nach § 39 Berufsordnung der Steuerberater gehört es mit zum **Berufsbild des Steuerberaters**, dass dieser fremdes Vermögen verwaltet.

In Abschnitt c) Ziffer 2a der Geschäftsbedingungen für Anderkonten der Banken ist die Möglichkeit der Eröffnung von Treuhänder-Anderkonten für Steuerberater ausdrücklich vorgesehen. Die Klägerin hatte auch ein verständliches Interesse daran, dass der Beklagte selbst für Verbindlichkeiten aus dem Girokonto haftet, denn er sollte die alleinige Verfügungsbefugnis über das Konto haben. Es ist deshalb nachvollziehbar, dass für Verbindlichkeiten aus diesem Vertrag er ihr gegenüber zunächst einmal haften sollte.

Ein „Mitverschulden“ der Bank kann schließlich auch nicht darin gesehen werden, dass sie es zugelassen hat, dass das Treuhandkonto einen Negativsaldo aufgewiesen hat. Soweit ersichtlich sind **alle Auszahlungsanordnungen durch den Beklagten** erfolgt. Soweit der Beklagte behauptet hat, dass teilweise Belastungen des Kontos durch die Klägerin wegen Zinsen der Streitverkündeten aus anderen Darlehensverbindlichkeiten erfolgt sind, hätte er dies als Verantwortlicher des Kontos rügen und dem entsprechenden **Quartalssaldo widersprechen können**.

Soweit der Beklagte Gegenrechte auch auf eine Aufklärungspflichtverletzung der Klägerin gestützt hat, hat er jedenfalls eine Aufrechnung gegen die Klageforderung mit solchen Ansprüchen aus Verschulden bei Vertragsschluss gegenüber der Klageforderung ausdrücklich nicht erklärt. Über die Berechtigung aufrechenbarer Gegenansprüche hatte die Kammer deshalb nicht zu entscheiden. (...)

GI Hinweis

Das Recht der Entgeltfortzahlung hat erneut erhebliche Änderungen erfahren. Dies machte eine Neuauflage des Kommentars erforderlich.

Zu nennen ist hier insbesondere das so genannte Korrekturgesetz vom Dezember 1998, mit dem die Absenkung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 % und die Anrechnung von Krankheitstagen auf den Erholungsurlaub rückgängig gemacht worden sind.

Wie in den Voraufgaben sind die Erläuterungen auf die Bedürfnisse des Praktikers zugeschnitten. Besondere Schwerpunkte der Kommentierung liegen zum einen beim Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, zum anderen bei den Anzeige- und Nachweispflichten, die in der Praxis häufig – gerade wenn es um die komplizierten Fragen der Darlegungs- und Beweislast im Zusammenhang mit dem Beweiswert der ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung geht – eine besondere Rolle spielen.

Neben den Vorschriften des Entgeltfortzahlungsgesetzes sind auch die weiterhin geltenden §§ 10 bis 19 Lohnfortzahlungsgesetz kommentiert, die das Lohnausgleichsverfahren für die Arbeitgeberaufwendungen in kleineren und mittleren Betrieben bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und für Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz regeln.

Ein Anhang mit den Arbeitsunfähigkeitsrichtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen und Auszügen aus den einschlägigen Gesetzen rundet das Werk ab.

Kaiser/Dunkl/Hold/Kleinsorge: Entgeltfortzahlungsgesetz – begründet von Heinrich Kaiser, fortgeführt von Dr. Hans Dunkl, Dieter Hold, Georg Kleinsorge. 5. völlig überarbeitete Auflage 2000 – Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 709 Seiten, DIN A 5, geb., 148,- DM/75,67 EUR, ISBN 3-504-42605-5.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-9

Amtspflichtverletzung

- Gehör, rechtliches 2000, 125
- StB-Kosten 2000, 125

Anderkonto

- > des Steuerberaters 2000, 227
- Ausgleichspflicht 2000, 227

Anlageberatung

- Abgrenzung
 - = > zur Steuerberatung 2000, 82
- Mitverschulden des Anlegers 2000, 82
- Schaden
 - = Vor- und Nachteile 2000, 82
- Zinsen
 - = >, unseriöse 2000, 82

Aufrechnung

- Honorarforderung
 - = Fälligkeit, Vollwirksamkeit 2000, 23

Bankhaftung

- Treuhandkonto
 - = Belehrungspflicht, Eigenkonto 2000, 227

Belehrungspflicht des RA

- Mediator 2000, 42

Belehrungspflicht des StB/WP

- Angebot des FA 2000, 196
- >, umfassende 2000, 196
- Beweislast
 - = Belehrung, unterlassene 2000, 87
- Ehegatten-Arbeitsverhältnis 2000, 87
- Fahrtenbuch
 - = Belehrung, unterlassene 2000, 25
- Gesetzgebungsverfahren
 - = ErbStG 2000, 67
 - = Firmenübertragung 2000, 67
- Relativ sicherster Weg
 - = Gesetzesänderung 2000, 67
- Sicherster Weg 2000, 196

Berufung

- Klageänderung 2000, 33
- Klageanspruch 2000, 33

Berufungsbegründung

- Rechtsanwalt, zugelassener 2000, 153

Berufungsbegründungsfrist

- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83
- Prozesskostenhilfeantrag 2000, 83

Betrug

- Beihilfe, § 27 StGB, des RA 2000, 82

Beweislast

- Beratung, unterlassene
= Substantiierung 2000, 87
- Kausalität
= Fahrtenbuch 2000, 25

Bilanzerstellung

- Prüfungspflichten
= Pensionsrückstellung 2000, 141
- = Verträge 2000, 141

Dritthaftung

- Abschlussprüfung 2000, 71
- Auskunftsvertrag, stillschweigender
= Kontaktaufnahme 2000, 71
- Prüfungsauftrag 2000, 71
- Sacheinlage, verdeckte
= Anwaltsfehler 2000, 135
- = Umwidmung 2000, 12
- Schädigung, sittenwidrige 2000, 71
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
= Abschlussprüfung 2000, 71
- = Gesellschafter 2000, 12, 135
- = Kapitalerhöhung 2000, 12, 135
- = Testat 2000, 71

Feststellungsklage

- Schadeneintritt 2000, 135

Freie Mitarbeiter

- Rechtsanwalt
= Rechtsweg, Arbeits-/Zivilgericht 2000, 82

Fristenkontrolle

- Aktenvorlage 2000, 9
- = Fristensicherung 2000, 76
- Ausgangskontrolle
= >, abendliche 2000, 86
- Empfangsbekanntnis 2000, 57
- Fristenkontrollbuch
= Ausgangskontrolle 2000, 86
- = Fristverfügung
- Klebezettel 2000, 173
- = Organisationsverschulden
- Ablage, Sekretariat 2000, 173
- Klebezettel 2000, 173
- = Terminladung 2000, 57
- Fristenüberwachung durch RA
= > bei Vorfristablauf 2000, 9
- Fristlöschung
= Rechtsmittel 2000, 108
- Fristversäumnis, unverschuldetes
= Anweisung
- Klebezettel 2000, 173
- = Falschadressierung 2000, 109
- = Fristberechnung 2000, 76
- = Postlaufzeit 2000, 5
- = Routinefrist 2000, 76
- Organisationsanweisung
= Adressierung 2000, 109
- = Fristen-/Ausgangskontrolle 2000, 86

Rechtsmittelauftrag

- = Fristlöschung 2000, 108
- Versäumnisurteil 2000, 57
- Vorfrist 2000, 9
- = Bearbeitungszeit 2000, 160

Gesamtschuld/-schuldner

- Fehler des zweiten StB 2000, 116, 193
- Treuhänder, Beteiligungsgesellschaft
= Innenverhältnis 2000, 198

Geschäftsführung ohne Auftrag

- Fremdgeschäftsführungswille 2000, 165
- Parteivertreter, vollmachtsloser 2000, 165

Gewinnausschüttung, verdeckte

- GmbH-Geschäftsführer 2000, 218
- Notarfehler 2000, 218
- Selbstkontrahierungsverbot,
§ 181 BGB 2000, 218

GI Aktuell

- Arbeitnehmerstatus, Rundfunk 2000, 106
- Arbeitszimmer
= Höchstbetrag 2000, 29
- = Lehrer 2000, 29
- Auskunftspflicht, § 93 AO
= Stromversorger, Konten
der Kunden 2000, 186
- Belastung, außergewöhnliche
= Altenpflegeheim, Kosten 2000, 159
- Eigenheimzulage, Miteigentümer 2000, 186
- Einbringung, Steuervergünstigung 2000, 56
- Einmalzahlungen 2000, 184
- Erbfolge, vorweggenommene
= Last, dauernde 2000, 81
- = Versorgungsleistungen 2000, 81
- Gestaltungsmissbrauch
= Kapitalanlagegesellschaft in Irland 2000, 133
- GmbH
= Kapitalerhaltungspflicht 2000, 210
- = Rückerstattung von Auszahlungen 2000, 210
- Grunderwerbsteuer
= Bemessungsgrundlage, Baukosten 2000, 31
- Haftung des Auftraggebers
für Vorunternehmer 2000, 132
- Hinterziehungszinsen
= Vermögensteuer 2000, 211
- Jubiläumsrückstellung 2000, 80
- Kindergeld
= Einkünfte der Kinder 2000, 158
- Nachversteuerung, Arbeitnehmer 2000, 81
- Postlaufzeiten 2000, 5
- Prozessdauer 2000, 28
- Realsplitting
= Beschränkung, nachträgliche 2000, 158
- Solidaritätszuschlag 2000, 55
- Sozialversicherungsbeitrag
= Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld 2000, 3
- Standesrecht
= Kollegialitätspflicht 2000, 54
- = Versäumnisurteil, § 13 BORA 2000, 54

- Umsatzsteuer
 - = Befreiung, Rechtsform 2000, 4
 - = Entgelt, Umbuchungsgebühren 2000, 211
 - = Leistung, ärztliche 2000, 4
 - = Heileurythmisten, § 4 Nr. 14 UStG 2000, 2
- Veräußerungsgewinn 2000, 56
- Vermietung
 - = Nebenkostenumlage 2000, 107
- Vermittlungsausschuß 2000, 29
- Werbeverbot, Rechtsanwalt
 - = Presse, Gruppenfoto 2000, 30
- Werbungskosten
 - = Ehegattenzahlung 2000, 185
- Wiedereinsetzung
 - = Postlaufzeit 2000, 5

GmbH

- Geschäftsführer
 - = Selbstkontrahierungsverbot, Befreiung 2000, 218
- Sacheinlage, verdeckte
 - = Anwaltsfehler 2000, 12
 - = Umwidmung 2000, 12

Honoraranspruch des RA

- Mediator, § 20 BRAGO 2000, 42
- Notgeschäftsführer 2000, 76

Honoraranspruch des StB/WP

- Aufrechnung
 - = Einforderbarkeit, fehlende 2000, 23
- Buchführung
 - = Gegenstandswert 2000, 172
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
 - = Gegenstandswert 2000, 172
- Fälligkeit, § 7 StBGebV
 - = Buchführung 2000, 225
- Gegenstandswert
 - = Jahresumsatz 2000, 172
- Honorarvereinbarung
 - = >, mündliche 2000, 24
 - = Inhalt der > 2000, 24
- Rechtsberatung 2000, 187

Kausalität

- Gesetzesänderung, ErbStG 2000, 67
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden
 - = Fahrtenbuch 2000, 25
- Unterbrechung der >
 - = Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer 2000, 93
- Verhalten, beratungskonformes 2000, 67

Kenntnis des Steuerrechts

- Vorlagebeschluss zum EuGH 2000, 193
- Zeitschriften
 - = DStR 2000, 193

Klageverfahren

- Streitgegenstand 2000, 33

Lohnbuchhaltung

- Erstattungsanspruch gg. Arbeitnehmer 2000, 93
- Sozialversicherung (s. dort)

Mahnbescheid

- Klageverfahren, Parteiwechsel 2000, 146
- Verzögerungen, Rückwirkung 2000, 146

Mandatsübernahme

- Fristenlöschung 2000, 108
- Rechtsanwalt 2000, 108

Mediator

- Interessenskollision 2000, 42
- Neutralität 2000, 42

Mitverschulden

- Kenntnis des Mandanten 2000, 116
- Zurechnung des Verschuldens
 - = > des zweiten StB 2000, 116
- Zweitberater, Verschulden des >, § 254 BGB 2000, 193

Mustereinspruch

- EuGH-Verfahren, anhängige 2000, 193

Nachbesserung

- Recht des StB zur >
 - = Buchführungsfehler 2000, 225

Notar

- Amtspflicht
 - = Treuhandtätigkeit 2000, 134
- Belehrungspflichten
 - = Schaden, drohender 2000, 218
- Ersatzmöglichkeit, anderweitige
 - = Betreuungstätigkeit 2000, 163
 - = Erfüllungsanspruch 2000, 63
 - = Schutzzweck, § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO 2000, 63
 - = Steuerberaterfehler 2000, 218
 - = Zeitpunkt der > 2000, 63
- Fälligkeitsbestätigung 2000, 163
- Parteivertreter, vollmachtsloser
 - = Rechtsanwalt 2000, 165
- Satzungsänderung 2000, 218
- Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO
 - = Grundstückskaufvertrag 2000, 134
- Treuhandgelder
 - = > der Bank 2000, 134
- Weisung 2000, 218

Parteierrat, § 356 StGB

- Mediator 2000, 42

Pensionsrückstellung

- Prüfungspflichten 2000, 141

Praxisveräußerung

- Mandatsübernahme 2000, 39
- Nichtigkeit, § 139 BGB 2000, 39

Prozesskostenhilfe

- Berufungsbegründungsfrist 2000, 83
- Rechtsmittelerklärung 2000, 84
- Wirkung 2000, 84

Prüfungspflicht

- Bilanz, Pensionsrückstellung 2000, 141

Rechtsanwalt

- Angestellter, Vergütung
= Sittenwidrigkeit 2000, 95
- Arbeitnehmerähnliche Person,
§ 5 Abs. 1 Satz 1 ArbGG 2000, 82
- Beratungspflichten
= Bonitätsproblem 2000, 36
= Kaufvertrag 2000, 36
= Unfallschaden 2000, 140
- Berufungsgericht
= Schriftsatz an > 2000, 153
- Beurkundung, Parteivertreter 2000, 165
- Empfangsbekenntnis 2000, 57
- Freier Mitarbeiter 2000, 82
- Kündigungsschutzklage
= Kündigung, personenbedingte,
Krankheit 2000, 223
= > gg. Gemeinschuldner,
Konkursverwalter 2000, 192
- Nachfragepflicht
= Mandatsinhalt 2000, 140
- Postulationsfähigkeit 2000, 153
- Rechtsmittelauftrag
= Auftragsannahme 2000, 108
= Fristnotierung 2000, 108
- Sachverhaltsermittlung 2000, 140
- Terminladung 2000, 57
- Vergütung, angemessene, § 612 BGB 2000, 95
- Versäumnisurteil 2000, 57

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Ergebnisabführungsvertrag 2000, 5
- Honoraranspruch des StB 2000, 187
- Pflicht zur Hinzuziehung eines RA 2000, 5
- Schadenersatz wg. verbotener > 2000, 5
- Steuerberatungsvertrag 2000, 5
- Verschmelzung, §§ 16 ff UmwG 2000, 225

Rechtsmittelauftrag

- Auftragsbestätigung 2000, 108
- Fristlöschung 2000, 108

Regressprozess

- Mahnverfahren
(s. unter Mahnbescheid)
- Substantiierung
= Steuerrecht, ausländisches 2000, 169

Schaden

- Hauskauf, Kaufpreis 2000, 149
- Kosten
= Hauszufahrt 2000, 149

Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB

- Abschlussprüfung 2000, 71

Schutzgesetz i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB

- § 323 HGB 2000, 71
- § 18 KWG 2000, 71
- §§ 2, 43, 48 WPO 2000, 71

Sozialversicherung

- Nachforderung
= Verjährung, § 25 SGB IV 2000, 151
- Versicherungspflicht
= Befreiungsantrag, § 8 Abs. 2 SGB V 2000, 151
= Kenntnis der > 2000, 151

Sozietät

- Honorarklage
= Erhöhungsgebühr, § 6 BRAGO 2000, 153
- Verjährung, §§ 68 StBerG, 51a WPO 2000, 176
- Vertrag mit Sozietät
= > aus WP und StB 2000, 176

Steuerberatungsgesetz

- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen
= Dienstleistungsfreiheit, Art. 59 EGV 2000, 134
= >, unerlaubte 2000, 134
= Rechenzentrum 2000, 134

Steuerberatungsvertrag

- Betreuungspflicht
= Rechtsberatungsauftrag 2000, 5
- Haftung, Steuerberatungsfehler 2000, 5
- Nichtigkeit, § 134 BGB
= Rechtsberatung, unerlaubte 2000, 5

Steuererklärung

- Forderung des FA, Eröffnungsbilanz 2000, 116

Treuhänder

- Bankkonto
= Zahlungspflicht 2000, 227
- Gesamtschuld
= Beteiligungsgesellschaft 2000, 198
- Notar
= Bankgelder 2000, 134

Umwandlung

- Verschmelzung
= Rechtsangelegenheit 2000, 225
= Unterkapitalisierung 2000, 225

Unterlassungsanspruch

- Rechtsverteidigung 2000, 134
- Tatsachenbehauptung/Schmähkritik 2000, 134

Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO

- Ersatzmöglichkeit, anderweitige 2000, 163
- Verjährungsbeginn
= Ersatzmöglichkeit, anderweitige 2000, 163
= Fälligkeitsbestätigung 2000, 163

Verjährung, § 51 BRAO a.F., § 51b BRAO n.F.

- Belehrung über Fehler und Verjährungs-
vorschrift, Sekundäranspruch
= Anlass für > 2000, 120
= Belehrung, fehlerhafte 2000, 120
= Belehrungsbedürftigkeit, fehlende 2000, 212
= Belehrungsinhalt 2000, 120
= Beweislast 2000, 212
= Mandatsende 2000, 212

- Verjährungsbeginn
 - = Ausschlussfrist, versäumte 2000, 120
 - = Fristversäumnis, § 72a ArbGG 2000, 212

Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO

- Anerkenntnis 2000, 90
- Arglisteinwand 2000, 113
- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
 - = Anlass für > 2000, 5, 50, 113
 - = Belehrungsbedürftigkeit 2000, 113
 - = Ende der >, Beratung durch neuen StB 2000, 5
 - = Wiederholung des Fehlers 2000, 50
- Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
- Sozietät aus WP und StB 2000, 176
- Verjährungsbeginn
 - = Bekanntgabe des Steuerbescheides 2000, 50
 - = Mandatsende 2000, 116
 - = Rat, fehlerhafter 2000, 50
 - = Sekundäranspruch 2000, 116
 - = Steuererklärung
 - § 10e EStG 2000, 50
 - Wiederholung des Fehlers 2000, 90
- Verjährungshemmung
 - = Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
 - = Verhandlung 2000, 113
- Verjährungsunterbrechung
 - = Anerkenntnis 2000, 90, 113
- Verzicht 2000, 90
- WP- und StB-Sozietät 2000, 176

Verjährungsunterbrechung

- Anerkenntnis 2000, 90
- Mahnbescheid 2000, 10
- Verzicht 2000, 90
- Zustellung „demnächst“ 2000, 10

Vermögensverwalter

- Anlagepolitik, Aktienkäufe 2000, 32
- Informationspflicht 2000, 32

Verschwiegenheit

- Praxisveräußerung 2000, 39

Versicherungsschutz

- Angaben zur Kündigung des Vorvertrages 2000, 127
- Pflichtverletzung, wissentliche
 - = Postausgangsorganisation, fehlende 2000, 174
- Rücktritt des Versicherers 2000, 127
- Versichererwechsel 2000, 127

Werbeverbot

- Gruppenfoto 2000, 30
- Presseveröffentlichung 2000, 30
- Steuerberatung, unbefugte 2000, 134

Wettbewerb, unlauterer, § 3 UWG

- Steuerberatung, unbefugte 2000, 134

Wiedereinsetzung

- Antrag
 - = Prozesshandlung, nachzuholende 2000, 110
- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83

Wirtschaftsprüfer

- Stimmrechtsvertreter 2000, 127
- Zulassung
 - = Rückwärtsversicherung 2000, 32
 - = Vermögensverfall 2000, 32
 - = Versicherungsschutz, fehlender 2000, 32

- BVerfG v. 11.1.1995 - 1 BvR 892/88 2000, 3
- BVerfG v. 29.10.1999 - 2 BvR 1264/90 2000, 2
- BVerfG v. 10.11.1999 - 2 BvR 2861/93 2000, 4
- BVerfG v. 11.11.1999 - 1 BvR 762/99 2000, 5
- BVerfG v. 17.11.1999 - 1 BvR 1708/99 2000, 28
- BVerfG v. 19.11.1999 - 2 BvR 1167/96 2000, 55
- BVerfG v. 29.11.1999 - 1 BvR 2284/98 2000, 30
- BVerfG v. 7.12.1999 - 2 BvR 301/98 2000, 29
- BVerfG v. 14.12.1999 - 1 BvR 1327/98 2000, 54
- BVerfG v. 18.2.2000 - 1 BvR 491/93, 1 BvR 562/93, 1 BvR 624/98 2000, 106
- BVerfG v. 24.5.2000 - 1 BvL 1/98 u.a. 2000, 184

- BGH v. 28.1.1999 - IX ZR 240/98 2000, 63
- BGH v. 25.3.1999 - IX ZR 283/97 2000, 36
- BGH v. 22.4.1999 - IX ZR 364/98 2000, 57
- = MDR 99, 1025
- BGH v. 6.5.1999 - IX ZR 250/98 2000, 33
- BGH v. 27.5.1999 - VII ZR 24/98 2000, 10
- BGH v. 7.6.1999 - II ZB 25/98 2000, 110
- BGH v. 17.6.1999 - IX ZR 100/98 2000, 163
- BGH v. 17.6.1999 - IX ZB 32/99 2000, 9
- BGH v. 24.6.1999 - V ZB 19/99 2000, 83
- BGH v. 24.6.1999 - IX ZB 30/99 2000, 84
- BGH v. 20.9.1999 - 5 StR 729/98 2000, 82
- = wistra 99, 459
- BGH v. 30.9.1999 - IX ZR 139/98 2000, 5
- BGH v. 5.10.1999 - VI ZB 22/99 2000, 160
- BGH v. 15.10.1999 - V ZR 50/99 2000, 109
- BGH v. 21.10.1999 - VII ZR 185/98 2000, 132
- BGH v. 8.11.1999 - II ZB 4/99 2000, 108
- BGH v. 18.11.1999 - IX ZR 402/97 2000, 218
- BGH v. 2.12.1999 - IX ZR 415/98 2000, 135
- BGH v. 9.12.1999 - IX ZR 129/99 2000, 212
- BGH v. 13.1.2000 - VII ZR 38/99 2000, 132
- BGH v. 17.2.2000 - IX ZR 50/98 2000, 187
- BGH v. 29.5.2000 - II ZR 347/97, II ZR 75/98, II ZR 118/98 2000, 210

- KG Berlin v. 12.1.1999 - 1 W 576/97 2000, 153
- = OLG-Report 99, 191
- KG Berlin v. 18.1.1999 - 8 U 3790, 97 2000, 153
- = OLG-Report 99, 244
- KG Berlin v. 20.1.1999 - 13 U 4044/97 2000, 25
- KG Berlin v. 9.9.1999 - 16 U 8959/98 2000, 93

OLG Braunschweig v. 1.9.1999 – 2 W 125/99 = OLG-Report 99, 380	2000, 134	OLG Rostock v. 16.6.1999 – 6 U 2/98 = OLG-Report 99, 374	2000, 76
OLG Celle v. 5.3.1999 – 4 U 216/98 = OLG-Report 99, 278	2000, 86	OLG Stuttgart v. 4.3.1998 – 9 U 255/97, rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH v. 28.1.1999 – III ZR 100/98 = OLG-Report 99, 210	2000, 82
OLG Dresden v. 1.9.1998 – 14 U 174/98 = OLG-Report 99, 286	2000, 134	OLG Stuttgart v. 28.5.1998 – 7 U 202/97	2000, 174
OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 – 13 U 92/96	2000, 23	OLG Zweibrücken v. 25.1.1999 – 7 U 131/98 = OLG-Report 99, 431	2000, 113
OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 – 13 U 124/96	2000, 24		
OLG Düsseldorf v. 29.10.1998 – 6 U 185/97	2000, 12		
OLG Düsseldorf v. 3.12.1998 – 13 U 225/97	2000, 146		
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 – 13 U 38/98	2000, 67	LG Berlin v. 27.11.1997 – 13 O 19/97 = BB 99, 1591	2000, 125
OLG Düsseldorf v. 17.12.1998 – 13 U 100/97, n.rkr.	2000, 116		
OLG Düsseldorf v. 7.1.1999 – 13 U 230/97	2000, 90	LG Düsseldorf v. 10.8.1999 – 10 O 526/98, rkr.	2000, 50
OLG Düsseldorf v. 28.1.1999 – 13 U 144/97	2000, 87		
OLG Düsseldorf v. 28.1.1999 – 13 U 43/98	2000, 196	LG Hamburg v. 22.6.1998 – 402 O 70/97 = WM 99, 139	2000, 71
OLG Düsseldorf v. 18.2.1999 – 13 U 60/98	2000, 141		
OLG Düsseldorf v. 2.3.1999 – 4 U 37/98 = OLG-Report 2000, 11	2000, 127	LG Hanau v. 11.12.1998 – 2 S 414/98	2000, 227
OLG Frankfurt v. 29.10.1998 – 1 U 127/97 = OLG-Report 99, 155	2000, 223	LG Marburg v. 24.6.1999 – 1 O 89/99, rkr.	2000, 149
OLG Frankfurt v. 15.4.1999 – 1 U 26/98 = OLG-Report 99, 178	2000, 192	LG Oldenburg v. 29.1.1999 – 6 O 1357/98, rkr.	2000, 176
OLG Hamburg v. 8.6.1998 – 14 U 80/98 = OLG-Report 99, 219	2000, 173	LG Ulm v. 30.10.1998 – I Kls 23 Js 18323/96 I AK 80/97 = wistra 99, 113	2000, 76
OLG Hamm v. 11.6.1996 – 28 U 185/95	2000, 198	BFH v. 22.9.1999 – XI R 121/96	2000, 158
OLG Hamm v. 20.11.1997 – 28 U 115/97, rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH v. 8.10.1998 – IX ZR 5/98 = OLG-Report 99, 296	2000, 120	BFH v. 18.10.1999 – GrS 2/98	2000, 56
OLG Hamm v. 20.10.1998 – 28 U 79/97	2000, 42	BFH v. 27.10.1999 – II R 17/99	2000, 31
OLG Hamm v. 11.12.1998 – 25 U 75/98	2000, 225	BFH v. 10.11.1999 – X R 60/95	2000, 80
OLG Hamm v. 22.1.1999 – 29 U 42/98 = OLG-Report 99, 238	2000, 165	BFH v. 10.11.1999 – X R 46/97	2000, 81
OLG Hamm v. 24.2.1999 – 25 U 131/98	2000, 193	BFH v. 2.12.1999 – IX R 45/95, IX R 21/96	2000, 185
		BFH v. 14.12.1999 – IX R 69/98	2000, 107
OLG Karlsruhe v. 24.2.1999 – 6 U 142/98 = OLG-Report 99, 228	2000, 127	BFH v. 19.1.2000 – I R 94/97	2000, 133
		BFH v. 22.2.2000 – VII R 73/98	2000, 186
OLG Koblenz v. 20.1.1999 – 1 U 903/96 = OLG-Report 99, 342	2000, 134	BFH v. 24.2.2000 – III R 80/97	2000, 159
OLG Koblenz v. 23.7.1999 – 8 U 2086/98 = OLG-Report 99, 503	2000, 39	BFH v. 1./2.3.2000 – VI R 162/98, VI R 196/98, VI R 13/99, VI R 19/99	2000, 158
		BFH v. 16.3.2000 – V R 16/99	2000, 211
OLG Köln v. 6.11.1998 – 20 U 73/98	2000, 169	BFH v. 6.4.2000 – IX R 90/97	2000, 186
OLG Köln v. 22.1.1999 – 20 U 40/98 = OLG-Report 99, 299	2000, 32	BFH v. 24.5.2000 – II R 25/99	2000, 211
OLG Köln v. 28.5.1999 – 11 U 265/98 = OLG-Report 99, 302	2000, 134		
OLG Köln v. 4.8.1999 – 5 U 74/99	2000, 140	VG Dessau v. 23.7.1997 – 2 A 50/95 = WPK-Mitt 97, 320	2000, 32
OLG München v. 24.11.1998 – 29 W 3071/98 = OLG-Report 99, 279	2000, 82	BAG v. 14.12.1999 – 3 AZR 713/98	2000, 81
OLG Oldenburg v. 1.9.1998 – 5 U 74/98	2000, 172	ArbG Hersfeld v. 4.11.1998 – 2 Ca 255/98	2000, 95
		SG Dortmund v. 15.6.1999 – S 8 KR 191/98	2000, 151

Steuerberaterhaftung • Grundstücksverkauf, Vorsteuerabzug • Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Schaden (BGH);
Fristenkontrolle • Unvollständige Revisionsbegründung • Prüfung der Vollständigkeit des Schriftsatzes? (BGH);
Notarhaftung • Verlesen der Urkunde, § 13 BeurkG • Schutzzweck des Verlesens • Mehrere z.T. gleich lautende Verträge (OLG Frankfurt);

Haftung des StB • Herausgabeanspruch des Mandanten • Bargeld und Schecks • Honorarrechnung wegen Betriebsprüfung • Aufrechnung • Einforderbarkeit (OLG Düsseldorf);
Angestellter RA • Haftung • Anscheinshaftung • Sachwalterhaftung (LG Berlin)

und aktuelle Entscheidungen,
die von besonderer Bedeutung sind



BEIHEFTER:

Besonders in den vergangenen Jahren haben sich in der Gesellschafter-Geschäftsführer-Versorgung zahlreiche arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtliche Änderungen ergeben. Sowohl für Ihre Mandanten als auch für Sie als Steuerberater ergibt sich ein komplexes Feld von Vorschriften, Gesetzen und Erlässen.

Mit der von Gerling entwickelten neu aufgelegten und aktualisierten CD-ROM können Sie sich schnell rund um die GmbH-Geschäftsführer-Versorgung informieren.

Weitere Informationen finden Sie im GI-Beihefter dieser Ausgabe.
Bestellungen bitte an GI-Service
Fax-Hotline (02 21) 1 44-51 55.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts-
und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-53 54
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils ein-
geschlossen. Bestellungen nimmt
der Herausgeber entgegen.